

mittelstands magazin

DAS MAGAZIN DER **MIT**
FÜR ENTSCHEIDER IN
WIRTSCHAFT UND POLITIK

01
2017

FEBRUAR 2017
WWW.MIT-BUND.DE
ISSN 1865-8873

E-GOVERNMENT
**Deutschland
verpasst den
Anschluss**

HANDWERK STÄRKEN
**Zurück
zum Meister**

NEUE WEGE IM MITTELSTAND

Einzelhandel geht online

„DIGITALES ENTWICKLUNGSLAND“

**Jens Spahn
im Interview**

Kostenlos kennen lernen:

Sichern Sie sich 2 kostenlose Probeausgaben
„Personal aktuell“ im Wert von 39,80 €.

Für Sie als Personaler, Geschäftsführer und Unternehmer

„Personal aktuell“ bringt die Dinge für Sie auf den Punkt:

- die aktuellsten Urteile im Arbeitsrecht sowie
- die neusten Entwicklungen zu den Themen Lohnsteuer und Sozialversicherung
- wertvolle Tipps zur erfolgreichen Mitarbeiter-Führung

Und das alles auf 8 Seiten, mit zahlreichen Praxistipps und ohne Juristendeutsch!

In nur 15 Minuten pro Ausgabe sind Sie – z. B. bei einer Kaffeepause – umfassend über die neuesten Entwicklungen im Personalbereich informiert.



„Mit ‚Personal aktuell‘ schreibe ich jedes Arbeitszeugnis sachlich richtig und juristisch einwandfrei. Und seit heute auch noch blitzschnell!“

Jonas Heidt, 45 Jahre, Personalchef

500 fertige Muster-Zeugnisse -
Der Schlüssel zu blitzschnellen Arbeitszeugnissen



Den USB-Stick mit über 500 fertig formulierten Zeugnisvorlagen erhalten Sie als Dankeschön für Ihr Interesse an „Personal aktuell“

Einfach ausfüllen, abtrennen und absenden



Jetzt 2 Ausgaben „Personal aktuell“ kostenlos testen und gratis einen von 100 exklusiven „Personal aktuell-Zeugnis-USB-Sticks“ als Dankeschön erhalten.

Einfach anrufen:
02 28 / 9 55 04 99

Oder faxen:
02 28/902 97 98

Oder online:
www.personal-aktuell.com/testen

Viele Vorteile – null Risiko für Sie: Sie erhalten innerhalb eines Monats zwei Ausgaben „Personal aktuell“ gratis zum Kennenlernen. Wenn Sie mit „Personal aktuell“ zufrieden sind, brauchen Sie nichts weiter zu tun. Sie bekommen dann automatisch die neueste Ausgabe zu einem Preis von 19,90€ zzgl. Versandkosten und MwSt. pro Ausgabe. Sie nutzen - schon während der Testphase - kostenlos die Download-Datenbank mit vielen fertigen Arbeitshilfen zum Sofort-Einsatz sowie die anwaltliche Erstberatung, die Ihnen ebenfalls als Serviceleistung zur Verfügung steht. „Personal aktuell“ erscheint 14-täglich zzgl. 9 Themenspezial-Ausgaben pro Jahr. Den Erhalt können Sie jederzeit zum Ende des Bezugsjahres kündigen. Sollte Ihnen Personal aktuell wider Erwarten nicht gefallen, teilen Sie uns dies einfach bis 7 Tage nach Erhalt der zweiten Gratis-Ausgabe mit. Ein kurzer Anruf, Brief, Fax oder eine E-Mail genügt.

BWRmedia, ein Unternehmensbereich der Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Str. 2-4, 53095 Bonn Amtsgericht Bonn, HRB 8165, Vorstand: Helmut Graf, Guido Ems, Frederik Palm



Delegieren Sie ab sofort einen Teil Ihrer Personalarbeit an „Personal aktuell“

Sie müssen nicht mehr unzählige Quellen durchforsten, um auf dem aktuellen Stand zu sein: Das erledigt „Personal aktuell“ für Sie!

- Schritt-für-Schritt-Anleitungen für die schnelle Umsetzung von arbeitsrechtlichen Änderungen,
- Praxis-Checklisten, anhand derer Sie prüfen können, ob Sie auch nichts vergessen haben,
- sofort nachvollziehbare Praxis-Beispiele und Handlungs-Empfehlungen

Ja, ich möchte ab sofort von den Praxistipps aus „Personal aktuell“ profitieren!

Vorname und Nachname

Firma

Straße

Hausnummer

PLZ

Ort

Profitieren Sie bereits während Ihrer kostenlosen Testphase von allen Leistungen im Wert von 39,80 €:

- anwaltliche Erstberatung für die Beantwortung arbeitsrechtlicher Fragen
- Online-Datenbank mit vielen Arbeitshilfen zum Sofort-Download

Datum

Unterschrift

PNL6580

Per Post an: Personal aktuell,
Theodor-Heuss-Str. 2-4, 52177 Bonn

Das neue Magazin im Jahr der Entscheidung



als redaktioneller Mitarbeiter. Daneben arbeiten wir mit erfahrenen freien Journalisten und Fotografen.

Für Layout, Druck und Anzeigenvertrieb haben wir einen neuen Partner: Die Union Betriebs-GmbH (UBG) mit Sitz in Rheinbach und Berlin. Mit dem Relaunch haben wir zudem die Erscheinungsweise angepasst. Statt zehnmal erscheint das Mittelstandsmagazin künftig sechsmal jährlich, dafür mit größerem Umfang, um unserem Qualitätsanspruch gerecht zu werden.

Liebe Lesenden und Les,

Sie halten das neue Mittelstandsmagazin in Ihrer Hand. Neu in vielerlei Hinsicht: Wir haben nicht nur das Layout neu gestaltet. Das Mittelstandsmagazin wird auch stärker auf die Zielgruppe zugeschnitten sein: Auf mehr als 25.000 MIT-Mitglieder und mehr als 10.000 weitere Unternehmer und Führungskräfte. Wir wollen zeigen, dass bei uns munter debattiert wird und es unterschiedliche Meinungen gibt. Was Sie im Mittelstandsmagazin lesen, ist nicht unbedingt die Meinung der MIT, aber stets eine Meinung, ein Thema oder ein Beispiel aus der MIT.

„Mehr MIT“ heißt es künftig auch deshalb, weil die MIT nicht wie bisher nur Herausgeberin ist, sondern erstmals auch vollständig die Inhalte bestimmt. Wir haben dafür ein Team aus journalistischen Profis in der Bundesgeschäftsstelle: An der Spitze verantwortet MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben, ein gelernter Journalist, als Chefredakteur das Magazin. Ihm zur Seite steht mit Hubertus Struck als Chef vom Dienst ebenfalls ein gelernter Journalist und ehemaliger selbstständiger Verleger. Die Journalistin Katharina-Luise Kittler verstärkt als Reporterin und Redakteurin das Team ebenso wie Richard Praetorius

Dieses Wahljahr wird entscheidend sein für die Zukunft unseres Landes:

Werden die Wähler populistischen Strömungen folgen? Werden sie einer Linksregierung zur Mehrheit verhelfen? Oder wird es eine bürgerliche Mehrheit aus Union und FDP geben, die die wirtschafts- und sozialpolitischen Weichen so stellt, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb weiter an der Spitze bleiben kann? Wir werden versuchen, in diesem Magazin einen Beitrag zu leisten, Wirtschaftspolitik und Unternehmensthemen anschaulich und verständlich darzustellen und Ihnen damit ein Sprachrohr in der politischen Auseinandersetzung zu sein.

Ob wir die richtigen Themen setzen, hängt auch von Ihnen ab: Wir freuen uns über jede Kritik, über Themenvorschläge und über Beispiele, wie Politik Sie in Ihrem Alltag beeinflusst. Schreiben Sie uns unter: redaktion@mit-bund.de

Herzliche Grüße

Dr. Carsten Linnemann MdB
MIT-Bundesvorsitzender

Impressum

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:

Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:

Hubertus Struck

Redaktion:

Katharina-Luise Kittler
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:

Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Rudolf Ley

Art-Direktion:

UBG Büro Berlin
Sonja Bach-Meiers
Janine Rauchfuß
Dagmar Witucki

Titelbild:

Fotolia, Maksym Yemelyanov

Druckauflage:

36.000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird ab dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Die MIT ist mit dem Mittelstandsmagazin Mitglied im Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V. (VDZ)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT)
Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe sind Werbebeilagen der Firmen „Plan International Deutschland e. V.“ und „galavital reisen gmbh“ beigelegt. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.



MIT:EDITORIAL

Das neue Magazin im Jahr der Entscheidung

von Carsten Linnemann **3**

MIT:KOLUMNE

Manager haben Vertrauen verspielt

von Thomas Sigmund **8**

MIT:TITEL

Handel und Digitalisierung

Was der Mittelstand jetzt tun muss **10**

E-Government

Jetzt aber wirklich! **16**

Erklärt

5G-Ausbau **18**

Interview mit Jens Spahn

„Wir sind digitales Entwicklungsland“ **22**

MIT:FAKTEN

6, 9

MIT:POLITIK

Qualifikation im Handwerk stärken

Zurück zum Meister **30**

MIT:DEBATTE

Pro & Contra

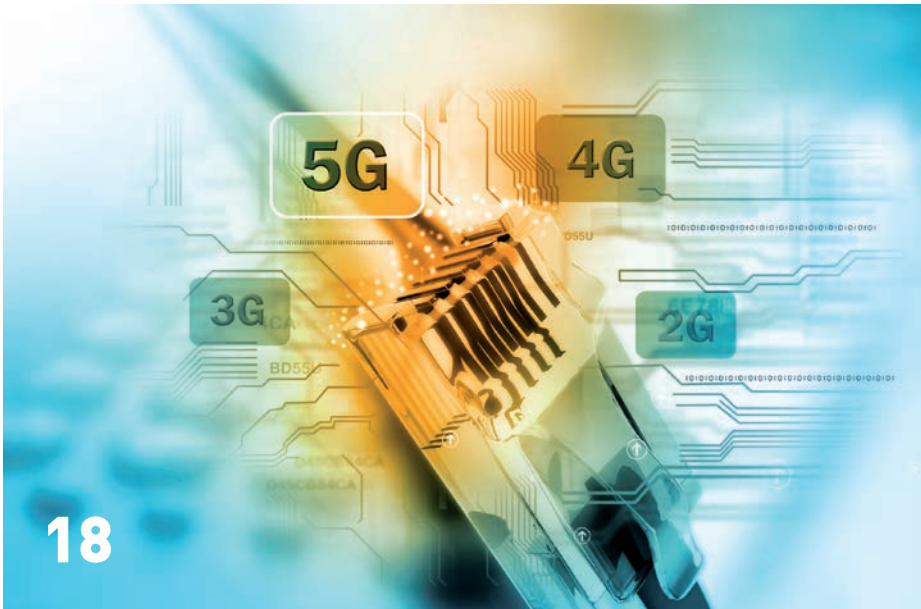
Sollen örtliche Aufgaben

rekommunalisiert werden?

Katherina Reiche & Peter Kurth **28**



28



18

MIT:SERVICE

Buchrezension

„Die machen eh, was sie wollen“

**Hugo Müller-Vogg über das Buch
von Carsten Linnemann 27**

Markenrecht

**Wie schütze ich Produkt- und
Firmennamen? 33**

MIT:INSIDE

Rückblick auf den

29. CDU-Bundesparteitag 34

EU-Check **36**

Ich bin in der MIT, weil... **38**



34

Meine Branche: speziell.

Meine kaufmännischen Prozesse:

individuell.

Mit Software von DATEV.

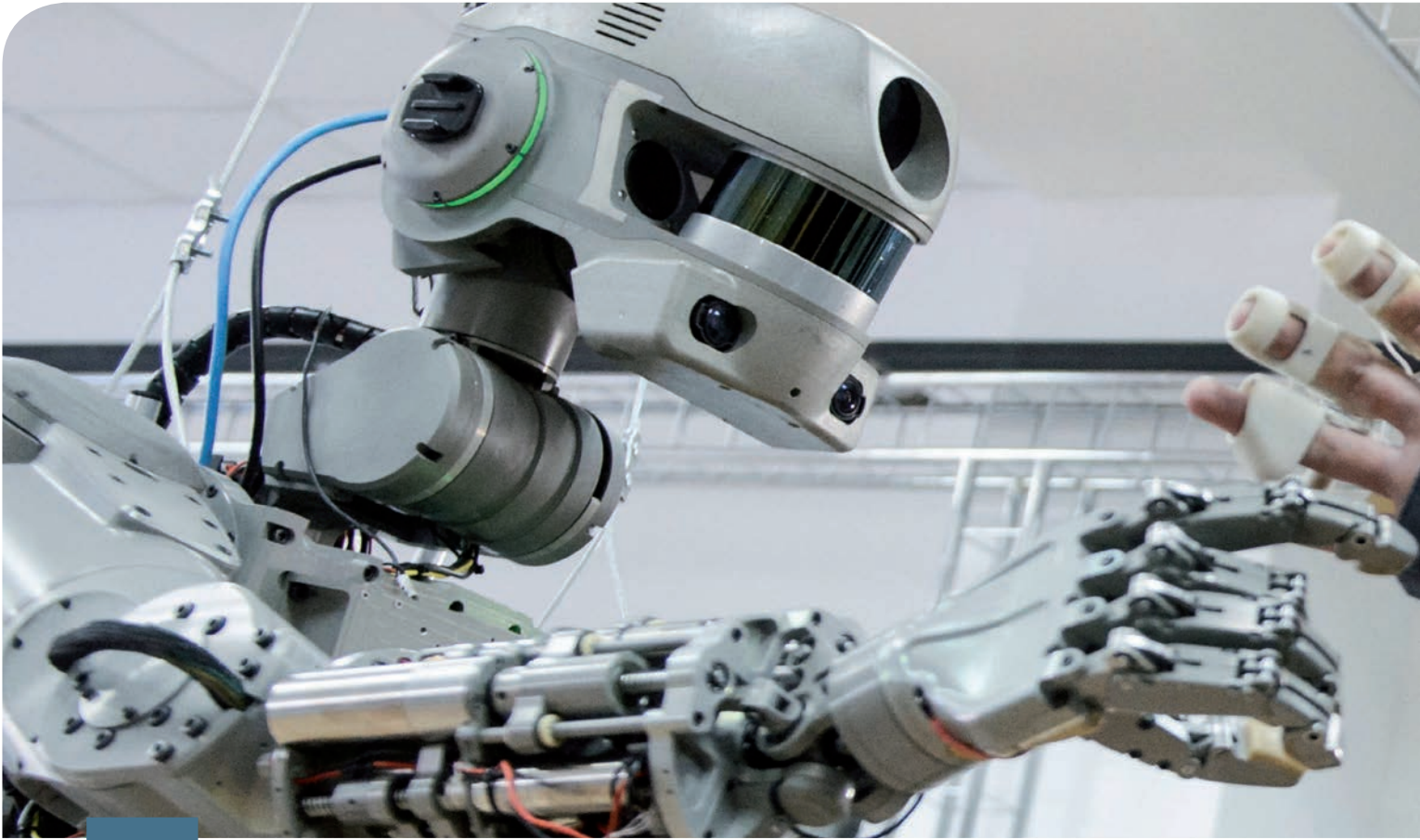


Wenn es um Ihre Branche geht, dann sind Sie Experte. Auch für Ihre Lohn- und Gehaltsabrechnung oder für die Finanzbuchführung gibt es ausgewiesene Spezialisten: Ihr Steuerberater und die kaufmännische Software von DATEV gestalten individuelle Unternehmensprozesse einfach und zuverlässig.

Mehr Infos unter 0800 100 1116
oder auf www.datev.de/meinebranche



Zukunft gestalten. Gemeinsam.



Roboter als Jobkiller?

Asien und die USA setzen zunehmend auf Industrie-Roboter. Im asiatischen Wirtschaftsraum ist die Zahl industrieller Roboter in nur fünf Jahren um 70 Prozent auf 887.400 angestiegen. Alleine im Jahr 2015 kletterten die Verkaufszahlen um 19 Prozent auf 160.600 Einheiten, wie die International Federation of

Robotics (IFR) mitteilte. Ähnlich ist die Entwicklung in den USA. Dort hat die Industrie seit 2010 rund 135.000 neue Industrieroboter installiert. Unklar ist noch, wie sich diese Entwicklung dauerhaft auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Immerhin entstanden im gleichen Zeitraum in der US-Automobilindustrie 230.000 neue Jobs. Da die Zahl der Roboter noch stärker stieg, erhöhte sich die Roboterdichte in der Autoindustrie auf 1.218 Roboter pro 10.000 Mitarbeiter. Zum Vergleich: In Japan

Praxisnahes Wissen abholen

Um die Digitalisierung in kleinen und mittleren Unternehmen voranzutreiben, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit dem Aufbau sogenannter Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren begonnen. Die ersten elf stehen.

Mit einer Auftragsstudie hat das Wirtschaftsministerium das „Erschließen der Potenziale von Industrie 4.0 im Mittelstand“ untersuchen lassen. Ergebnis: Bisherige Forschungen und Projekte zur Digitalisierung der Wirtschaft sind zu stark auf die Entwicklung einzelner Technologien bezogen. Auch mangle es an einer Zusammenführung, Aufbereitung und Vermittlung von Ergebnissen. Mit den bisher elf eingerichteten

Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren sollen mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe bei der Digitalisierung und Anwendung von Industrie 4.0 unterstützt werden. Zusätzlich gibt es speziell für den Transfer in die Handwerksbetriebe das Kompetenzzentrum „Digitales Handwerk“.

Weitere Infos und Anschriften unter www.mittelstand-digital.de/DE/Foerderinitiativen/mittelstand-4-0.html



sind es 1.276, in Deutschland 1.147 und in Frankreich 940 Roboter pro 10.000 Mitarbeiter. Wie die IFR mitteilte, steigt der Einsatz von Robotern vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen, welche Robotik als Schlüsselfaktor für die Steigerung der Produktivität und Produktqualität sehen, um global wettbewerbsfähig zu bleiben.

Beschleunigter Rohstoffverbrauch

Der 8. August war im Jahre 2016 der „Earth Overshoot Day“. Das ist der Stichtag, ab dem die Menschheit über ihre Verhältnisse lebt, weil sie bereits so viele natürliche Ressourcen verbraucht hat wie die Erde in 365 Tagen regenerieren kann. Zur Jahrtausendwende wurde diese Grenze erst am 25. September erreicht, 30 Jahre zuvor erst im Dezember. Eigentlich sind demnach drei Planeten erforder-

lich, um den menschlichen Bedarf zu decken. Würden alle dem „American Way of Life“ mit seinen hohen Konsumstandards frönen, wären es sogar sechs Planeten. Das Thema Versorgungssicherheit mit Ressourcen bleibt also auf der politischen Agenda, zumal sich die Vorkommen beispielsweise vieler Metalle aus der Gruppe der Seltenen Erden fast ausschließlich in China befinden.

	<i>Versorgungs- Sicherheit bei aktuellem Verbrauch</i>	<i>Nachfrage 2012 – 2040</i>	<i>Produktion 2012 – 2040</i>
Erdöl	61 Jahre	+ 35 %	+ 32 %
Kohle	114 Jahre	+ 17 %	+ 11 %
Erdgas	54 Jahre	+ 69 %	+ 69 %
Uran	55 Jahre	+ 38 %	+ 8 %
Seltene Erden	1 048 Jahre	+ 68 %	+ 77 %
Aluminium	491 Jahre	+ 107 %	+ 98 %

Quelle: Technologist.EU

„Angezählt“



... Anträge auf eine Kaufprämie für E-Autos oder Hybrid-Fahrzeugs wurden bisher beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellt. Der von der MIT von Anfang an abgelehnte „Umwelbonus“ entpuppt sich somit als Flop. Schließlich stehen im Fördertopf Prämien für mindestens 300.000 Fahrzeuge zur Verfügung.

Stand: 30.01.2017

Manager haben Vertrauen verspielt

Von Thomas Sigmund

Die Entfremdung zwischen Politik und Top-Managern ist mit Händen zu greifen. Natürlich hat schon Altkanzler Helmut Kohl immer abfällig von den sogenannten „Bimbos-Leuten“ gesprochen. Doch es gab auf der Seite der Wirtschaft immer wieder herausragende Persönlichkeiten, die die Gräben, die es naturgemäß auch geben muss, überwunden haben. Es gab Zeiten, da galten die Chefs der Deutschen Bank wie Hermann Josef Abs oder Alfred Herrhausen als zweite Außenminister Deutschlands. Der frühere Siemens-Chef Heinrich von Pierer tickte ebenfalls politisch, wurde sogar als Kandidat für das Bundespräsidentenamt gehandelt.

Heute gibt es das alles nicht mehr. Wo sind die Manager, die klar Position zu Flüchtlingskrise, Globalisierung und den Sorgen der Arbeitnehmer vor der fortschreitenden Digitalisierung der Arbeitswelt beziehen? Wer durch die Reihen der großen Spitzenverbände der Wirtschaft geht, sucht danach ebenfalls vergeblich. Früher waren Industriepäsidenten politische Schwergewichte, die im Kanzleramt ein- und ausgingen. Heute findet sich aus der Industrie kein Manager mehr, der das Amt übernehmen will. Stattdessen haben die Vorzeigeunternehmen Volkswagen und Deutsche Bank ihre einstige Vorbildrolle eingebüßt. Der Autokonzern hat viel Vertrauen in der Diesellaffäre verspielt. Die Deutsche Bank musste Milliardenstrafen zahlen, weil sie Zinsen und Währungen manipuliert hat. Vielleicht findet



Thomas Sigmund ist Ressortleiter Politik und Leiter des Hauptstadtbüros des Handelsblatts. Am 20. März erscheint sein Buch „Allein unter Feinden? Was der Staat für unsere Sicherheit tut – und was nicht.“

sich auch deshalb in den Chefetagen keiner mehr, der an herausgehobener Position für die soziale Marktwirtschaft eintreten will.

Dabei wäre das bitter nötig. Überall sind Protektionisten und Interventionisten auf dem Vormarsch. Die deutsche Autoindustrie hat bereits vor dem Amtsantritt des US-Präsidenten Donald Trump einen Vorgeschmack auf die Renationalisierung der Wirtschaftspolitik in den USA bekommen. Auf den entschiedenen Widerstand wartet man heute noch vergebens. Dabei versteht ein Mann wie Trump nur Klartext. Für ihn gilt: Wer sich klein macht, wird klein gemacht. Die deutsche Wirtschaft muss sich mit

ihren erstklassigen Produkten und überragenden Dienstleistungen nicht verstecken. Auch ein US-Präsident kann die Naturgesetze der Ökonomie nicht außer Kraft setzen. Die Kunden wollen Produkte mit dem Gütesiegel „Made in Germany“. Zwar gab es in der Industrie immer wieder den Versuch wie beim europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen TTIP, einen Pflöck gegen die Globalisierungsgegner einzuhamern. Doch diese Aktionen waren nie nachhaltig. Kampagnen können Nicht-Regierungsorganisationen wie Greenpeace oder Oxfam besser.

Der Grund für diese Entwicklung ist einfach zu erklären. Es gibt bestimmt viele erfolgreiche und auch sozialpolitisch engagierte Manager. Wenn aber ein Mann wie der frühere VW-Chef Martin Winterkorn sich darum kümmert, dass der Konzern die Heizung für seinen Koi-Karpfenteich zahlt, gibt das ein verheerendes Bild in der Öffentlichkeit ab. Man hat den Eindruck, dass der frühere Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, bis heute nicht verstanden hat, warum sein Victory-Zeichen in der Bevölkerung nicht gut ankam. Umso erstaunlicher ist es, dass sich Manager über immer neue Regulierungen und Gesetzesvorstöße etwa zur Begrenzung von Millionen-Boni wundern. Der Mittelstand und das Handwerk haben deshalb nicht nur bei der Politik, sondern auch bei so manchem Top-Manager zu Recht den Eindruck: Die machen eh, was sie wollen. ●

Aufgeschnappt

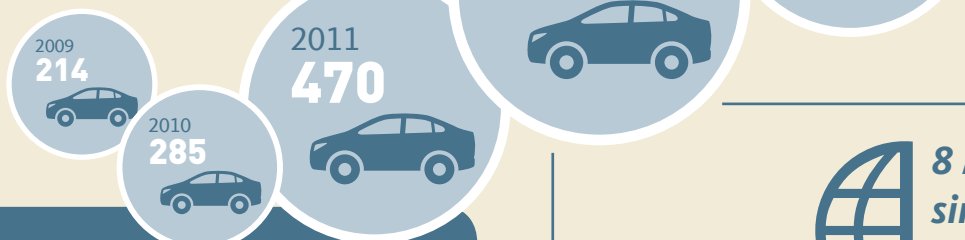


„Sie können Autos für die USA bauen, aber sie werden für jedes Auto, das in die USA kommt, 35 Prozent Steuern zahlen.“

Donald Trump, im Interview mit der BILD-Zeitung im Januar

US-Präsident Donald Trump deutet Strafzölle für deutsche Autobauer an, die nicht in den USA produzieren. Die Automobilindustrie zeigte sich davon zunächst unbeeindruckt, wie etwa BMW, die mittlerweile mehr Autos in den USA produzieren als daheim. Insgesamt haben die deutschen Autobauer ihre Produktion in den USA in den letzten Jahren ständig ausgebaut.

Grafik (in Tausend): Deutsche Autohersteller haben ihre Produktion in den USA vervierfacht



*Prognose Quelle: VDA



Teppichhändler

Nach jeder Bundestagswahl werden in den Fraktionen die Posten neu verteilt. Wer kommt in welchen Ausschuss, wer wird Vorsitzender, wer Sprecher? Darüber entscheidet in der Unionsfraktion nicht der Fraktionsvorsitzende, sondern die sogenannte Teppichhändler-Runde. Das sind die Vorsitzenden der Landesgruppen, in denen sich die Abgeordneten einer Partei aus einem Bundesland zusammenschließen. Und von diesen Landesgruppenchefs will später keiner in dem Ruf stehen, für seine Frauen und Männer nicht genug herausgeholt zu haben. **In Nachfolge des verstorbenen Peter Hintze wurde jetzt Innen-Staatssekretär Günter Krings zum Vorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU-Bundestagsabgeordneten und damit zum „Teppichhändler“ gewählt.** Der stellvertretende Landesvorsitzende der MIT NRW und ständige Gast im MIT-Bundesvorstand setzte sich in einer Kampfabstimmung gegen den CDA-Landesvorsitzenden Ralf Braukus durch.



8 Männer sind reicher als die halbe Welt

#FakeNews

Einer Studie der linken Lobby-Gruppe Oxfam zufolge besitzen die acht reichsten Männer der Welt mehr Vermögen als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Acht Milliardäre würden demnach zusammen über 426 Milliarden US-Dollar verfügen. Die 3,6 Milliarden ärmsten Menschen kämen nur auf 409 Milliarden Dollar. Doch nachdem die populäre Meldung in den Medien fleißig verbreitet wurde, kamen erste Zweifel auf. So stellte die Süddeutsche Zeitung (SZ) fest: Die Zahlen sind „ziemlich sicher falsch“. Die „Studie“ sei nicht wirtschaftswissenschaftlich, benutze keine moderne Berechnungsmethode und vergleiche lediglich Äpfel mit Birnen, kritisierte die SZ. Denn der Oxfam-Bericht verknüpft Schätzungen aus der Forbes-Liste mit dem Vermögensbericht der Credit-Suisse-Bank, die jedoch Kredite oder Altersversorgungen vom Vermögen abzieht. So gerechnet, wäre manch ein deutscher Rentner ärmer als ein Bauer in Burundi.



**„Der Kunde entscheidet,
welche Form er wählt und
wie er einkauft.“**

Joachim Stoll, Inhaber von Leder Stoll und koffer24.de

HANDEL UND DIGITALISIERUNG

Was der Mittelstand jetzt tun muss

Die Digitalisierung fordert konventionelle Einzelhändler heraus wie nie zuvor. Das Tempo wird immer schneller, der Markt internationaler, der Konkurrenzdruck steigt. Online-Giganten wie Amazon bedrohen Geschäftsmodelle, bieten aber auch Chancen. Einzelhändler sollten deshalb genau jetzt auf Veränderungen reagieren. Sie müssen erkennen, wie die Kunden kaufen und welche Kanäle sie dafür nutzen.



Wenn Goldschmied Alfons Spieker an seiner Werkbank sitzt, gehen ihm viele Fragen durch den Kopf: „Wie suchen mich meine zukünftigen Kunden und wie kann ich sie für meine Produkte begeistern? Welche Kommunikationswege soll ich nutzen – und vor allem: Kann und muss ich das alles selber machen?“ Seit 20 Jahren führt der 49-jährige Goldschmiedemeister das gleichnamige Juweliergeschäft im westfälischen Hövelhof. Als Spieker 1992 in den elterlichen Betrieb einstieg, steckte das Internet noch in den Kinderschuhen. Heute wird in der Schmuckbranche jeder siebte Euro online ausgegeben. Eine Entwicklung, die Einzelhändler wie Spieker Sorgen bereitet.

Nach Angaben des Handelsverbands Deutschland (HDE) ist der Einzelhandel mit 300.000 Unternehmen und einem Umsatz von 490 Milliarden Euro die drittgrößte deutsche Wirtschaftsbranche nach Industrie und Hand-

werk. Der Online-Anteil am gesamten Einzelhandelsumsatz liegt heute bei rund neun Prozent. Bei online-affinen Produkten wie Bücher oder Elektronikartikel liegt er im zweistelligen Bereich. Bis 2020, schätzt der HDE, könnte der Anteil des Online-Handels insgesamt auf 20 Prozent wachsen – und zeitgleich könnten bis zu 50.000 Geschäfte schließen. Auf diese Prognosen müssen Einzelhändler reagieren, um neben Online-Giganten wie Amazon bestehen zu können.

Die Grundlagen des Onlinehandels verstehen

„Manche Entwicklungen machen mich schon nachdenklich“, sagt Alfons Spieker, und erinnert sich: „Früher hat der Mann seiner Frau einen schönen Ring oder eine Kette geschenkt, wenn sie etwas zu feiern hatten.“ Heute sei der Stellenwert von Schmuck ein anderer, ebenso wie der Beratungsbedarf. „Immer mehr Kunden informieren sich vorab im Internet und kommen dann mit sehr genauen Vorstellungen zu mir.“ Um sich dem geänderten Kaufverhalten anzupassen, hat sich Spieker einem Onlineshop-Netzwerk angeschlossen. In einem „Schaufenster“ auf seiner Firmenwebseite können seine Kunden nun Uhren und Schmuck vergleichen und per Mausclick vorbestellen. Dennoch ahnt Spieker, dass diese Umstellung allein nicht reichen wird.

Dass Händler erst einmal die Grundkenntnisse des Onlinehandels beherrschen müssen, sagt auch Stephan Tromp, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des HDE. „In vielen Fällen fehlt es den Mittelständlern an finanziellen Mitteln, dem entsprechendem Know-how und Zeit, um online gut aufgestellt zu sein. Aber die wichtigsten Grundlagen sollte trotzdem jeder Unternehmer beachten.“ Dazu gehöre etwa, dass das Unternehmen im Internet auffindbar ist, also über Google gefunden werden kann. Eine seriöse E-Mail-Adresse sei eine weitere Grundvoraussetzung. Außerdem sollte der Unternehmer regelmäßig bei Bewertungsplattformen vorbeischaun, um zu sehen, was Kunden über sein Geschäft sagen. „Wenn man diese Grundvoraussetzungen erfüllt hat, kann man einen Schritt weitergehen und seine Produkte online verkaufen“, empfiehlt Tromp.

Online-Marktplätze als guter Start

Viele Mittelständler scheuen sich davor, einen eigenen Onlineshop zu betreiben. Die Investitionen sind vergleichsweise hoch, besonders was Zeit und Personal betrifft. „Ein eigener Onlineshop sprengt für viele mittelständische Unternehmen den Rahmen“, sagt Tromp. Eine Lösung können Online-Marktplätze bieten, wie zum Beispiel Amazon



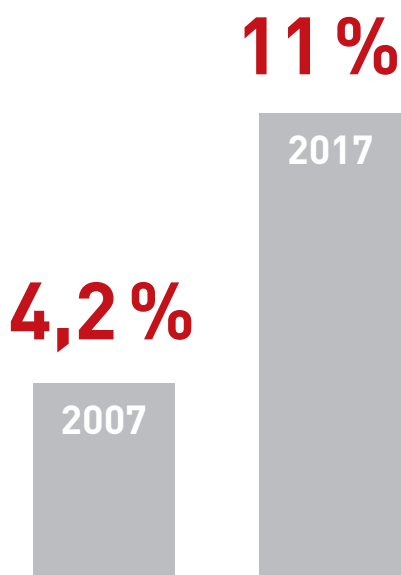
Die Digitalexperten Yatan Blumenthal (v.l.) und Marc C. Lange im Gespräch mit Carsten Linnemann und Juwelier Alfons Spieker

oder Ebay. „Händler können von der enormen Reichweite der Plattformen profitieren“, so Tromp. Neben der Reichweite zeichnen sich Online-Marktplätze auch durch Kundenfreundlichkeit und eine einfache Handhabung für die Händler aus.

Alexander Breiter, Geschäftsführer des Hutfachgeschäfts Breiter in München, nutzt Amazon als einen seiner Vertriebskanäle. Zusammen mit mehreren stationären Geschäften und einem eigenen Onlineshop verkauft der Mittelständler erfolgreich Mode und Kopfbedeckun-

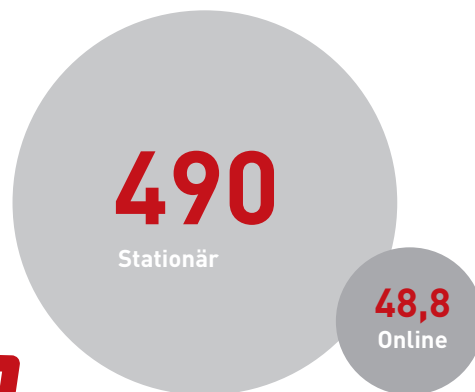
eCommerce-Anteil steigt auf rund 11 %

Anteil des elektronischen Handels am Gesamtumsatz des deutschen Einzelhandels



Einzelhandels-Umsatz 2017

(in Mrd. Euro)*



*Prognose, Stand Februar 2017
Quelle: Statista-Berechnung auf Basis von HDE-Daten

gen. „Amazon ist für uns auch ein wichtiges Vertriebs-Werkzeug. Wir müssten Millionenbeträge in Suchmaschinenmarketing investieren, um auch nur ansatzweise an die Reichweite von Amazon heranzukommen“, sagt der Betriebswirt. Doch der Unternehmer hat nicht immer nur positive Erfahrungen mit Amazon gemacht. „Besonders neue rechtliche Regelungen fordern uns zeitweise heraus. Da haben wir nur begrenzt Einfluss, weil alle Händler die Artikelbeschreibungen modifizieren können“, sagt Breiter. Zudem gebe es Wettbewerber, die die Preise drücken würden. Dieser Rahmenbedingungen sollte man sich bewusst sein, so Breiter. Um darauf zu reagieren, hat sich das Unternehmen eine Sortimentsstrategie überlegt und pflegt gute Beziehungen zu seinen Lieferanten. „Auf Preiskämpfe lassen wir uns nicht ein“, sagt Breiter.

Das Münchner Hutgeschäft gibt es bereits seit 1863. Es ist ein klassisches Familienunternehmen. Trotzdem hat sich die Familie Breiter an digitalen Veränderungen orientiert. In den 1990er-Jahren startete das Unternehmen mit einem Onlineshop, der aber nach einigen Jahren schließen musste. Zu früh sei es damals gewesen, sagt Breiter. Nur eine Domain zu kaufen, sei damals so aufwendig wie der Abschluss eines Mietvertrags gewesen. Ähnlich lief es mit der Administration des Shops. Heute verfolgt er mit seiner sogenannten Multi-Channel-Strategie (mehrere Vertriebswege) konkrete Ziele: „Wir wollen unseren Kunden einen Mehrwert bieten. Sie können sich also schon im Internet über unsere Produkte informieren, sich am Telefon von einer Hutmachermeisterin beraten lassen und dann zu uns ins Geschäft kommen, um den passenden Hut zu finden.“ Sich eine genaue Strategie hinter dem Online-Vertrieb zu überlegen, empfiehlt Breiter auch Einzelhändlern, die bisher nur stationär verkaufen. Ein Onlineshop könne nie nur nebenbei laufen.

Produkte über viele Kanäle verkaufen

Als Amazon noch nicht in aller Munde war, eröffnete der Lederwarenhändler Joachim Stoll mit koffer24 seinen ersten Onlineshop. Bereits 1998 konnten seine Kunden Taschen und Koffer auch über das Internet bei ihm bestellen. Dabei hat sich Stoll immer an folgendem Grundsatz orientiert: „Der Kunde entscheidet, welche Form er wählt und wie er einkauft.“ Die „Reise des Kunden“ sei keine gerade Linie mehr, sondern „eher ein Wollknäuel.“ Stoll: „Es gibt so viele Möglichkeiten, sich über ein Produkt zu informieren und es dann letztlich zu kaufen.“ Das Smartphone ist in diesem Kontext das entscheidende Vehikel. Denn Kunden informieren

Nachgehakt



Streit um Amazon

Einzelhändler und Verbände werfen Amazon immer wieder fehlende Produkthaftung und unzureichende Mehrwertsteuerzahlung vor. Mittelstandsmagazin-Reporterin Katharina-Luise Kittler hat bei Amazon nachgehakt und den Online-Riesen mit den Vorwürfen konfrontiert. Die Antworten gab Amazon-Sprecher Christian Blum.

Wie kommt Amazon den individuellen Mehrwertsteuer-Vorgaben, die in den jeweiligen Ländern unterschiedlich geregelt sind, nach?

Christian Blum: Amazon-Händler sind eigenständige Unternehmen und verantwortlich dafür, ihre steuerrechtlichen Pflichten zu erfüllen. Wir stellen Tools und Informationen zur Verfügung, um Verkäufer bei der Einhaltung dieser Pflichten zu unterstützen aber wir haben keine Befugnis, ihre Steuerangelegenheiten zu überprüfen. Mit den Behörden arbeiten wir weiterhin wie bisher im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zusammen.

Wie steht Amazon zur Produkthaftung?

Die Sicherheit unserer Kunden hat für Amazon höchste Priorität. Entscheidend für die Teilnahme an Amazon Marketplace ist daher, dass Händler Amazon-Kunden ein gutes und sicheres Einkaufserlebnis bieten. Selbstverständlich dürfen bei Amazon nur Produkte angeboten werden, die in der EU erlaubt sind und gehandelt werden dürfen. Die Verantwortlichkeit für die Rechtmäßigkeit des Angebots liegt beim jeweiligen Anbieter – dazu sind Marketplace-Verkäufer per Teilnahmebedingungen verpflichtet.

Was passiert, wenn sich einer nicht daran hält?

Erlangen wir Kenntnis darüber, dass verbotene Produkte gelistet werden, was gegen unsere Teilnahmebedingungen verstößt, entfernen wir die entsprechenden Produkte umgehend und ergreifen gegebenenfalls weitere Maßnahmen gegenüber den Verkäufern.



Dr. Joachim Stoll ist Geschäftsführer der koffer24 GmbH und ist Vize-Präsident des Handelsverbands Hessen-Süd.

Mit koffer24.de eröffnete Joachim Stoll bereits 1998 seinen ersten Onlineshop.

sich oft noch im Geschäft über bestimmte Produkte oder bestellen direkt übers Handy.

Als Stoll sein Geschäft online aufbaute, musste er einige Stolpersteine überwinden. „Wir sind zu früh von unserem eigenen Server auf eine Cloud-Lösung umgestiegen. Da gab es am Anfang viele Ausfälle, die zu Kundenunzufriedenheit führte. Wir hätten lieber noch ein Jahr warten sollen“, sagt der Unternehmer. Trotzdem sollten Einzelhändler wegen der Digitalisierung nicht zu zögerlich handeln. „Spaß und Interesse an neuen Technologien und den Veränderungen, die sie mit sich bringen, sind ausschlaggebend.“

Aber nicht nur die Unternehmen, auch die Politik muss weitere Hausaufgaben machen, damit Mittelständler digitaler werden. So fordert der HDE beispielsweise die Abschaffung der Störerhaftung für WLAN-Netze. Dann könnten Einzelhändler ihren Kunden kostenloses WLAN im Geschäft anbieten, ohne dass sie für die Netzaktivitä-

ten des Kunden verantwortlich gemacht werden können. Die Störerhaftung ist zwar bereits 2016 entschärft worden, aber noch immer droht eine Art Sperre für den Einzelhändler, wenn ein Nutzer über dessen WLAN zum Beispiel Musik illegal herunterlädt. Das schreckt noch viele Einzelhändler ab, ihr WLAN für alle zu öffnen, so Stephan Tromp vom HDE. Diese Deregulierungen würden den Mittelständlern beim Onlinehandel enorm weiterhelfen.

Beratungsgespräch mit Digitalisierungsexperten

Auch Goldschmied Alfons Spieker hat sich Hilfe geholt. Sein Bundestagsabgeordneter, der MIT-Bundesvorsitzende Carsten Linnemann, vermittelte ihm die Digitalisierungsexperten Yatan Blumenthal und Marc C. Lange. Mit ihrer Innovationsagentur Exposure beraten sie sonst Großkonzerne wie Google, Siemens oder die Deutsche Bahn. Für Spieker sind sie jedoch bis nach Hövelhof gefahren – und waren beeindruckt: „Mittelständler klopfen bisher nur selten an unsere Türen“, räumt Lange ein. „Dabei können die Ansätze aus der Startup-Branche gerade bei mittelständischen Unternehmen sehr schnell gute Erfolge erzielen, weil die Entscheidungswege deutlich kürzer sind als bei großen Unternehmen und die Bereitschaft im eigenen Unternehmen anzupacken deutlich ausgeprägter.“

Und so sind es auch zuerst kleinere, praktischere Tipps, die sie dem Goldschmiedemeister mit auf den Weg geben. Blumenthal: „Statt gleich alles auf einmal zu wollen, sollten

Social Media für Unternehmen: Welche Kanäle sind sinnvoll?

Nicht jedes Unternehmen muss auf sämtlichen Social-Media-Plattformen vertreten sein. Eine Facebook-Seite und die Unternehmenseintragung bei LinkedIn und Xing sind dennoch ratsam. Andere Netzwerke wie zum Beispiel Instagram, ergeben nur für bestimmte Unternehmen Sinn.

Facebook

Facebook ist die beliebteste Plattform unter den sozialen Netzwerken. Mit monatlich 1,59 Milliarden aktiven Nutzern weltweit können Unternehmen ein sehr breites Publikum ansprechen. Über Auswahlkriterien lassen sich Zielgruppen eingrenzen und die Unternehmenswerbung kann individuell angepasst werden. Ein weiterer Vorteil: die direkte Kommunikation mit den Kunden durch Kommentar- und Nachrichtenfunktion. Wenn Unternehmen die Ressourcen für eine eigene Facebook-Seite fehlen, dann sollten sie ihre Firma zumindest eintragen, damit sie auffindbar ist.



Twitter

Twitter ist ein Kurznachrichtendienst und hat schätzungsweise drei Millionen Nutzer in Deutschland. Die Nachrichten sind auf ca. 140 Zeichen begrenzt. Zwar können Firmen auch auf Twitter Werbung schalten. Sinnvoll ist das allerdings eher für Informationsdienstleister und Life-Style-Produkte, deren Zielgruppen bei Twitter angemeldet sind.



Infobox

Exposure ist eine unabhängige Innovationsagentur, die 2016 von Marc C. Lange und Yatan Blumenthal in Berlin gegründet wurde. Das Netzwerk aus mehr als 300 Digital- und Innovations-Experten entwickelt Pilotprojekte und vermittelt Innovationskonzepte für Unternehmen und Organisationen weltweit. Zu den Kunden gehören Weltmarktführer wie Google, Samsung, Bosch, Siemens oder die Deutsche Bahn. Exposure steht seinen Kunden in Fragen zur Digitalisierung, Prozessoptimierung, Produktentwicklung und Innovationsmanagement zur Seite. Sie unterstützen sie sowohl beim Audit und der Optimierung bestehender Projekte als auch bei der Konzeption und Umsetzung von neuen Projekten.

Mittelständler in möglichst kleinen und gut messbaren Schritten denken.“ Dem Juwelier empfehlen sie, mehrere Phasen zu durchlaufen: Zunächst müsse die Funktionalität des Produkts, in diesem Fall des Online-Shops, geprüft und hergestellt werden. Anschließend sollte eine Facebook- und Instagram-Präsenz (siehe Infobox „Social Media“) eingerichtet werden. „Gerade für einen Juwelier ist Instagram eine hervorragende Plattform, ausdrucksstarke Bilder

von Schmuck und Uhren zu teilen“, rät Blumenthal. „Bilder sagen mehr als Tausend Worte, sie können viel besser Emotionen und Werte transportieren.“ Um den Aufwand für verschiedene Social-Media-Plattformen gering zu halten, empfehlen Blumenthal und Lange den Dienst „Buffer“. Damit lässt sich ein Beitrag in mehreren Netzwerken gleichzeitig teilen. Ziel müsse es sein, die Stammkunden zum Folgen der Plattformen anzuregen. Zunächst könnten einzelne Nachrichten auf den Sozialen Medien mit kleinem Budget gesponsert werden, damit sie häufiger bei den Nutzern erscheinen oder besser hervorgehoben sind. Daraufhin sollten bestimmte Zielgruppen mit größerem Budget bespielt werden. Wichtig sei es abschließend, den Return on Investment (ROI) zu analysieren.

Bei Spieker stießen die Vorschläge auf offene Ohren: „Für mich war der Hinweis wichtig, Stück für Stück vorzugehen und jede Erfahrung in den weiteren Prozess als Entscheidungsbasis einfließen zu lassen“, so der Unternehmer. Er wolle nun mit den Empfehlungen einen Fahrplan gestalten – und „sehen, wie sich meine Goldschmiede Spieker 4.0 entwickelt“.



Katharina-Luise Kittler
Redakteurin
kittler@mit-bund.de
twitter.com/k_luise



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de
twitter.com/h_struck

Xing und LinkedIn

Xing und LinkedIn sind berufliche Netzwerke. Die Nutzer präsentieren sich dort auf einer professionellen Ebene, teilen ihre Berufserfahrung und Jobgesuche. In jedem Fall sollten Unternehmer ihre Firma auf Xing – dem größten deutschen Berufsnetzwerk – eintragen, sodass sie dort gefunden und auch von Mitarbeitern als Arbeitgeber angegeben werden kann. Sollte das Unternehmen international tätig und aktiv sein, macht eine Nutzung von LinkedIn ebenfalls Sinn.



Instagram

Instagram ist besonders unter jüngeren Menschen sehr beliebt. 400 Millionen Nutzer sind täglich auf der Foto-Plattform unterwegs, teilen private Fotos und schauen sich die Bilder ihrer Freunde, aber auch ihrer Lieblingsmarken und -produkte an. Ein Account bei Instagram kann ein sehr wirksames Marketing-Tool für Produkte sein, die sich schön bebildern lassen (z.B. Kosmetik, Schmuck, Mode, Reisen etc.)



YouTube

YouTube ist ein Video-Netzwerk, in dem sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen Videos hochladen können. Ähnlich wie bei Instagram kann YouTube in das Marketing eines Unternehmens integriert werden. Produktvideos oder auch originelle Mitarbeiter-Clips können von Firmen dort veröffentlicht werden. Aber Vorsicht: Hier sollte man sich von Profis beraten lassen, damit das gut gemeinte Firmenvideo nicht zur ungewollten Lachnummer im Netz wird.





E-GOVERNMENT

Jetzt aber wirklich!

Deutschland, ein digitales Entwicklungsland? Davor hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im Januar gewarnt und dabei vor allem den Staat gemeint. Deutschlands Regierungen und Verwaltungen hinken in Sachen Digitalisierung und E-Government dem europäischen Durchschnitt hinterher. Das wurmt Bürger und Unternehmen und wächst sich zum Standortnachteil aus. Dass es auch moderner geht, zeigen andere Länder. Jetzt will Deutschland aufholen.

Raffael Schulz, Geschäftsführer der Hochzeitsportal24 GmbH, macht seinem Ärger Luft: „Für eine simple Gewerbeanmeldung musste ich zweimal beim Gewerbeamt vorsprechen, obwohl die Daten dem Handelsregister schon vorlagen.“ Nicht einmal einen Termin konnte er vorab beim Amt vereinbaren. „Wartezeiten“, sagt Schulz, „kosten jeden Unternehmer aber bares Geld.“

Ähnliche Erfahrungen hat auch Stefan Erlich, Gründer des Finanzportals Kritische-Anleger.de, gesammelt. Der Jungunternehmer kann viele Beispiele für „Hürden“ nennen, die Unternehmen auch heute noch im Umgang mit Behörden „das Leben schwerer machen, als es sein müsste“. Unverständlich ist für Erlich außerdem, warum etwa von Banken ausgestellte digitale Bescheinigungen nicht einfach ebenfalls digital ans Finanzamt übermittelt werden könnten, sondern „immer noch in Papierform der Steuererklärung beigelegt werden müssen“.

Selbst die vergleichsweise einfache Kommunikation mit Behörden via E-Mail „läuft häufig noch auf Sammelkonten statt auf eine individuelle Person“, beanstandet Wolfgang Kierdorf, CEO der Beratungsgesellschaft „The Black Swan“. Antworten der Behörden dauerten in der Regel „Tage oder Wochen“. Kierdorf vermisst unter anderem „eine Art digitalen Personalausweis für Firmen“, mit dem „sehr viel Kommunikation rechtssicher und ad hoc“ erledigt werden könnte.

E-Government in Deutschland: Fehlanzeige

Die genannten Beispiele zeigen eindeutig, warum Deutschland in internationalen E-Government-Rankings seit Jahren schlecht abschneidet – obwohl die öffentliche Verwaltung jährlich rund 13 Milliarden Euro für IT ausgibt. Beim Digitalisierungsindex der EU etwa findet sich Deutschland auf Platz 18 wieder, gleich hinter Italien – aber immerhin noch vor Zypern. Seit Jahren sieht der Nationale Normenkontrollrat (NKR), der als unabhängiges Gremium die Bundesregierung in Fragen des Bürokratieabbaus und der besseren Rechtsetzung berät und kontrolliert, „dringenden Handlungsbedarf bei der Digitalisierung der Verwaltung“. Der im September 2016 veröffentlichte Jahresbericht war bereits der vierte in Folge, in dem der NKR die Bundesregierung aufforderte, die Digitalisierung der Verwaltung konsequenter in Angriff zu nehmen. Mit zwei in den Jahren 2015 und 2016 veröffentlichten Gutachten hatte der Nationale Normenkontrollrat zudem bescheinigt, dass es E-Government in Deutschland de facto nicht gebe.

Auch der Bundestagsabgeordnete Kai Whittaker, E-Government-Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie MIT-Mitglied, mahnt seit Jahren, dass Deutschland die Digitalisierung „verschlafen“ habe. Seine Forderung: „Es muss eine Plattform unter Führung eines Staatsministers im Kanzleramt eingerichtet werden.“

Dort solle das Thema Digitalisierung koordiniert und so Deutschland zum bürgerfreundlichsten Land in Europa gemacht werden. CDU- und MIT-Präsidiumsmitglied Jens Spahn sieht dabei die Zuständigkeit für diesen Staatsminister nicht allgemein und ressortübergreifend für alle Digitalthemen, sondern fordert im Mittelstandsmagazin einen speziellen Fokus: „Bei einem wirklichen Projekt wie digitale Verwaltung kann ein eigener Staatsminister einen Unterschied machen“ (das vollständige Interview ab S. 22).

Die CDU ist im vergangenen Dezember auf ihrem Essener Parteitag einem MIT-Antrag gefolgt, der mehr E-Government, eine bessere Startup-Förderung, Glasfaser plus 5G und einen Staatsminister, der die Digitalisierung koordiniert, zum Ziel hat. MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann: „Der digitale Wandel verändert Deutschland und damit die Art, wie wir leben und arbeiten“. Es sei daher „die Aufgabe der Politik, alle staatlichen Institutionen transparenter und digital zugänglicher zu machen“, erklärt Linnemann.

„Digitale Entwicklungshilfe“ aus dem Ausland

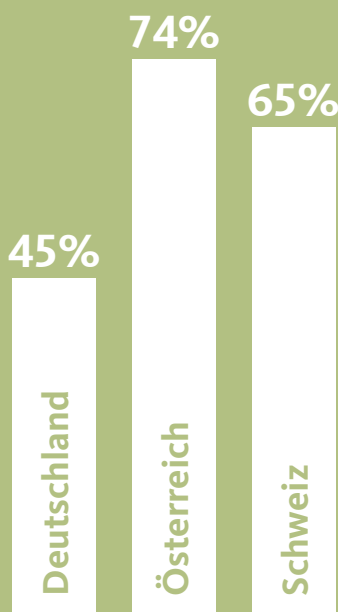
Doch noch muss sich Deutschland „digitale Entwicklungshilfe“ von anderen holen. E-Government-Experte Whittaker hat deshalb Estland bereist und sich ein Bild davon gemacht, wie in dem kleinen baltischen Staat erfolgreiches E-Government gelebt wird. Dort laufen nämlich schon seit Jahren die Daten, und nicht die Bürger. Ein neues Unternehmen beispielsweise kann dort innerhalb von nur 20 Minuten registriert werden, die Steuererklärung nimmt genauso wenig Zeit in Anspruch.

Der Erfolg Estlands liegt unter anderem darin begründet, dass staatliche Einrichtungen keine Informationen von Bürgern oder Unternehmen anfordern dürfen, über die sie bereits verfügen. Dieses „Once-only“, also „Nur-Einmal“-Prinzip, hat der NKR schon vor Jahren empfohlen. Dieses Vorgehen würde die bereits erhobenen Bürger- und Unternehmensdaten nutzbar machen für andere Verfahren – natürlich nur, wenn eine Zustimmung zur Weiternutzung vorliegt. So lassen sich Verwaltungsakte beschleunigen und der Aufwand für Bürger, Unternehmen und öffentliche Hand minimieren.

Und wo bleibt der Datenschutz, der in Deutschland gerne als Gegenargument für eine forcierte Digitalisierung der Verwaltung ins Feld geführt wird? Während in Deutschland kaum jemand weiß, welcher Verwaltungsangestellte wann und warum in die persönlichen Akten schaut, können in Estland die Bürger online einsehen, welche Behörde auf welche Daten zugegriffen hat – so kann Transparenz im E-Government aussehen.

Ebenfalls zur Spitzengruppe der digitalen Performer in Europa zählt Österreich. Die Alpenrepublik ist laut dem E-Government-Benchmark der EU-Kommission sogar führend bei der nutzerzentrierten Verwaltung. Das Land bietet den digitalen Service bereits auf mobilfähigen Webseiten

E-Government-Nutzer in der Bevölkerung



1.008 Interviews in Deutschland, 993 in Österreich und 999 in der Schweiz
Quelle: Initiative D21, ipima, 2016

an, was europaweit noch eine Seltenheit ist. Im November 2016 hat Österreich noch einmal nachgelegt: Der Ministerrat hat ein weiteres Paket zum E-Government beschlossen, mit dem der elektronische Behördenverkehr verbessert wird. So gibt es ein eigenes Serviceportal für Unternehmen. Das ermöglicht beispielsweise den verstärkten Einsatz von Online-Formularen, einen elektronischen Überblick über interessante Ausschreibungen, einen elektronischen Postkasten für alle Behördenzustellungen und einen One-Stop-Shop für Unternehmensgründungen. Im Januar präsentierte Österreich zudem die Fertigstellung seiner Gesamtstrategie zur Digitalisierung im Land. Die „Digital Roadmap“ enthält zwölf Leitprinzipien für die Digitalisierung und entlang dieser wurden rund 150 konkrete Maßnahmen erarbeitet.

„Die Einigung von Bund und Ländern wird die Entwicklung einer digitalen Verwaltung in Deutschland beschleunigen.“



Kai Whittaker ist MIT-Mitglied und E-Government-Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Auch im „gebrexiten“ Großbritannien sind die Behörden beim Thema E-Government Deutschland um Jahre voraus. Gianluca De Lorenzis, der als CEO der FGND Group mittelständische Unternehmen in IT-Fragen berät, nennt als Beispiel die „SmartCard“ mit einer persönlichen ID, die britische Bürger bereits seit 15 Jahren nutzen. Nach dem Prinzip einer Checkkarte können sie damit elektronische Anmeldungen bei Ämtern vornehmen oder lokale Angebote beantragen und verwalten. Der FGND-Chef lobt, dass „die britischen Behörden kaum Vorbehalte gegenüber neuen, digitalen Wegen“ hätten. Im Gegensatz zu Deutschland nutzen die britischen Bürger die angebotenen digitalen

Services. Hier könne Deutschland von Großbritannien lernen. Dort spielten „Anreizsysteme eine wichtige Rolle, um die Vorteile der virtuellen Identität für Bürger zu betonen“, erklärt De Lorenzis. Das könnten etwa Rabatte auf Leistungen sein, die die Stadt bezuschusst wie Schwimmbad- oder Theaterbesuche. IT-Spezialist De Lorenzis empfiehlt deutschen Behörden „zusätzlich darauf zu achten, mögliche Sicherheitsbedenken der Bürger ernst zu nehmen und transparent zu kommunizieren, wofür die Daten verwendet werden“.

Durchbruch für modernes E-Government in Deutschland

Doch Deutschland holt auf. Zunächst allerdings nur auf dem Papier. Das Bundeskabinett hat Ende 2016 die Weichen für einen Durchbruch zu einem modernen E-Government gestellt. Die Verwaltungsportale aller Behörden in Bund, Ländern und Kommunen werden zu einem „Portalverbund“, das heißt zu einem „virtuellen Portal“ verknüpft. Innerhalb von fünf Jahren sollen dann möglichst viele Verwaltungsleistungen von Bund, Ländern und Kommunen nicht nur online angeboten werden: Bürger und Unternehmen sollen sie künftig direkt, einfach und sicher mit drei Klicks erreichen können. Die lange Suche im Netz nach der richtigen Stelle soll entfallen. Über jedes Verwaltungsportal – egal ob auf kommunaler, Landes-, oder Bundes-Ebene – soll es vollständigen Zugang zu allen online angebotenen Verwaltungsleistungen geben. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU): „Die deutsche Verwaltung kommt im 21. Jahrhundert an und wird digital“. Bis dahin ist es aber noch ein weiter Weg. Im Interview mit dem Mittelstandsmagazin wirbt CDU-Politiker Jens Spahn zwar für die Reformen, bekennt aber auch: „Wir sind da leider erst am Anfang.“ ●



Claudia B. Oberholz
Freie Mitarbeiterin
redaktion@mit-bund.de

Immer lauter werden die Stimmen nach einem 5G-Ausbau. Mobiles Surfen soll damit noch schneller als mit dem aktuellen LTE-Standard funktionieren. Welche Vorteile bringt ein schnelleres Netz und wie läuft der 5G-Ausbau genau ab?

Was ist 5G?

5G ist ein Mobilfunknetz, das mobiles Surfen im Internet mit dem Handy oder Tablet ermöglicht. Es ist der Nachfolger von 4G (LTE) und weist eine vielfach höhere Datenkapazität (bis zu 10.000 Megabit/Sekunde statt bisher maximal 100 Megabit/Sekunde) und sehr geringe Reaktionszeiten (Latenzzeit unter einer Millisekunde, bislang 25-30 Millisekunden) auf. Mit diesen Charakteristika kann die digitale Kommunikation noch schneller funktionieren als noch vor ein paar Jahren. Bis 2020 soll das 5G-Mobilfunknetz einsatzbereit sein. Die Vorbereitungen für den Ausbau laufen bereits. Im September 2016 startete Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) die Initiative „5 Schritte zu 5G“.

Welche Vorteile bietet 5G?

Ein leistungsfähigeres Mobilfunknetz kommt dem derzeitigen Datenwachstum sehr entgegen. Durch die Industrie 4.0 oder das vernetzte und automatisierte Fahren entstehen sehr große Datenmengen. Diese können mit einem entsprechenden Netz besser verarbeitet werden. „5G wird damit zu einer digitalen Schlüsseltechnologie



5G-Ausbau

Fünf Schritte zu 5G

Die Initiative von Verkehrsminister Dobrindt für den flächendeckenden Ausbau sieht folgende Schritte vor:

- 1. Frequenzen bereitstellen:** Deutschland betreibt international eine 5G-orientierte Frequenzpolitik. Schon heute werden aus allen relevanten Frequenzbereichen Testfrequenzen für 5G bereitgestellt.
- 2. „Dialogforum 5G“ einrichten:** Das Bundesverkehrsministerium richtet ein „Dialogforum 5G“ für die Telekommunikationswirtschaft und Anwenderindustrien ein. Das Dialogforum organisiert die Vernetzung der Industriepartner – auch im Hinblick auf zukünftige Standards.
- 3. 5G-Forschung vorantreiben:** Deutschland erarbeitet sich mit gezielter 5G-Forschung einen Vorsprung. Dadurch übernimmt Deutschland eine Führungsrolle bei der internationalen Standardisierung von 5G.
- 4. Konkrete Anwendungsbeispiele schaffen:** Mit der Telekommunikationswirtschaft soll eine 5G-Stadt in Deutschland errichtet werden. Sie bildet die gesamte Vielfalt der Anwendungen ab.
- 5. 5G-Rollout beschleunigen:** Um den 5G-Ausbau zu beschleunigen, soll auch die Infrastruktur entsprechend angepasst und gefördert werden. Bis spätestens 2025 sollen alle Hauptverkehrswege und mindestens die 20 größten Städte in Deutschland mit 5G ausgestattet sein.

im Zeitalter der Vernetzung. Wir wollen, dass Deutschland zum Leitmarkt für 5G wird und als erstes Land ein flächendeckendes 5G-Netz bereitstellt“, sagt Minister Dobrindt.

Einsatzmöglichkeiten

Eine effektivere Mediennutzung oder 5G in der Logistik – die Einsatzmöglichkeiten von 5G sind vielseitig. Mit dem schnelleren Netz können Medien individueller und flexibler genutzt werden, beispielsweise die Übertragung von Live-Events auf das Handy. Auch die industrielle Produktion kann 5G effektiv nutzen. So können Maschinen untereinander, im Sinne einer „Smart Factory“, vernetzt und gesteuert werden. Eine leistungsstarke 5G-Technologie ist dafür eine Grundvoraussetzung. Auch könnte 5G im ländlichen Raum eine Alternative zu Breitbandanschlüssen darstellen, deren Verlegung dort unverhältnismäßig teuer wäre. Denn laut verschiedener LTE-Anbieter könnte ein 5G-Smartphone oder ein Laptop mit 5G-Stick mobil 625 Mal schneller einen Film laden als der schnellste DSL-Anschluss. 5G wäre also in diesem Kontext eine vorläufige Alternative zu Breitbandanschlüssen.

Bewertung

Die MIT begrüßt den 5G-Ausbau und sieht ihn als wichtigen Baustein des digitalen Wandels in Deutschland. „Ein flächendeckender 5G-Ausbau ist notwendig, denn so gelingt auch der flächendeckende Breitbandausbau, wenn die neuen Basisstationen per Glasfaser angebunden werden“, sagt der Bundestagsabgeordnete Thomas Jarzombek, Gastmitglied im MIT-Bundesvorstand und Fachsprecher für Digitales und Startups. Der 5G-Ausbau ist eine von vielen Rahmenbedingungen, die die Politik in den nächsten Jahren schaffen muss, um den Bedürfnissen der Digitalisierung gerecht zu werden. „Wir müssen den digitalen Wandel als Chance begreifen und Deutschlands Potenzial ausschöpfen“, so Jarzombek. Zusammen mit weiteren Maßnahmen wie der Einführung eines Digitalministers oder der Implementierung des E-Governments könne der digitale Wandel in Deutschland gelingen.



Katharina-Luise Kittler
Redakteurin
kittler@mit-bund.de
twitter.com/k_luise



Innovation
that excites



ÜBERHOLT IHRE VORSTELLUNG VON UNTERHALT UND EFFIZIENZ. DER NISSAN QASHQAI.

Dürfen wir vorstellen? Der NISSAN QASHQAI – der vielleicht effizienteste Mitarbeiter in Ihrem Team! Mit der günstigen Leasingrate und mit schlanken 3,8 l auf 100 km einem der geringsten Kraftstoff-Normverbräuche³ seiner Klasse lässt er hohe Unterhaltskosten hinter sich und überzeugt mit komfortablem Fahrverhalten auf jeder Dienstfahrt. **Mehr auf nissan-fleet.de**

NISSAN QASHQAI VISIA 1.5 l dCi, 81 kW (110 PS): Kraftstoffverbrauch (l/100 km): innerorts 4,2, außerorts 3,6, kombiniert 3,8; CO₂-Emissionen (g/km): kombiniert 99,0 (Messverfahren gem. EU-Norm); Effizienzklasse A+.

Abb. zeigt Sonderausstattung. ¹Berechnungsbeispiel für das gewerbliche Leasing bei einer Laufzeit von 36 Monaten bis 60.000 Kilometer netto (zzgl. gesetzlicher MwSt.). Nur bei teilnehmenden NISSAN Händlern, zzgl. Überführung und Zulassung. Gültig für alle bis zum 31.03.2017 abgeschlossenen Leasingverträge für den NISSAN QASHQAI VISIA 1.5 l dCi, 81 kW (110 PS). ²Der Techniksर्वice beinhaltet Wartungskosten und Verschleißreparaturen (gemäß AGB) für die Vertragslaufzeit. Bei allen teilnehmenden NISSAN Händlern. Das Angebot ist gültig für Mitglieder eines Verbandes mit Rahmenabkommen



NISSAN QASHQAI VISIA

1.5 l dCi, 81 kW (110 PS)

Leasingsonderzahlung: **€ 0,-**

Laufzeit: **36 Monate**

Gesamtlauflistung: **60.000 km**

Monatliche Leasingrate:

AB € 197,-¹ (NETTO)
inkl. Technikerservice²

mit der NISSAN CENTER EUROPE GMBH über Abrufschein, solange der Vorrat reicht. ³Kombiniertes Normverbrauch beim 1.5 l dCi Dieselmotor. Angabe nur gültig bei vergleichbaren Verbrennungsmotoren. Stand 1. April 2015. Ein Angebot für Gewerbekunden von NISSAN Fleet Services. Ein Produkt der ALD AutoLeasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, in Kooperation mit der RCI Banque S.A. Niederlassung Deutschland, Jagenbergstraße 1, 41468 Neuss. NISSAN CENTER EUROPE GMBH, Postfach, 50319 Brühl.

INTERVIEW MIT JENS SPAHN

„Wir sind digitales Entwicklungsland“

CDU- und MIT-Präsidiumsmitglied Jens Spahn im Gespräch mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben über die Reform des Arbeitszeitgesetzes, digitale Verwaltung, Koalitions-Optionen und seine eigene politische Zukunft.

Wir sitzen im Berliner Betahaus, einem Co-Working-Space, in dem vor allem Digitalstartups und Innovationsabteilungen Schreibtische mieten. Ist das die Art und Weise, wie Wirtschaft künftig aussieht?

Jens Spahn: Auch in Zukunft wird es nicht nur Crowdworker, Coworker, Einzelworker oder Startups geben. Deutschland ist ein Industrieland, und das wollen wir auch bleiben. Und natürlich haben wir den starken deutschen Mittelstand, auch der wird bleiben. Am Ende ist das, was wir hier sehen, ein zusätzlicher Teil von Wirtschaft, der sich in Deutschland in den letzten Jahren entwickelt hat. Jetzt geht es darum, wie wir eine Kombination hinbekommen aus dem was uns stark macht – unser Mittelstand – und diesen Startups.

Sind denn die deutsche Arbeitsstättenverordnung und das Arbeitszeitgesetz für diese Art von Arbeit noch geeignet?

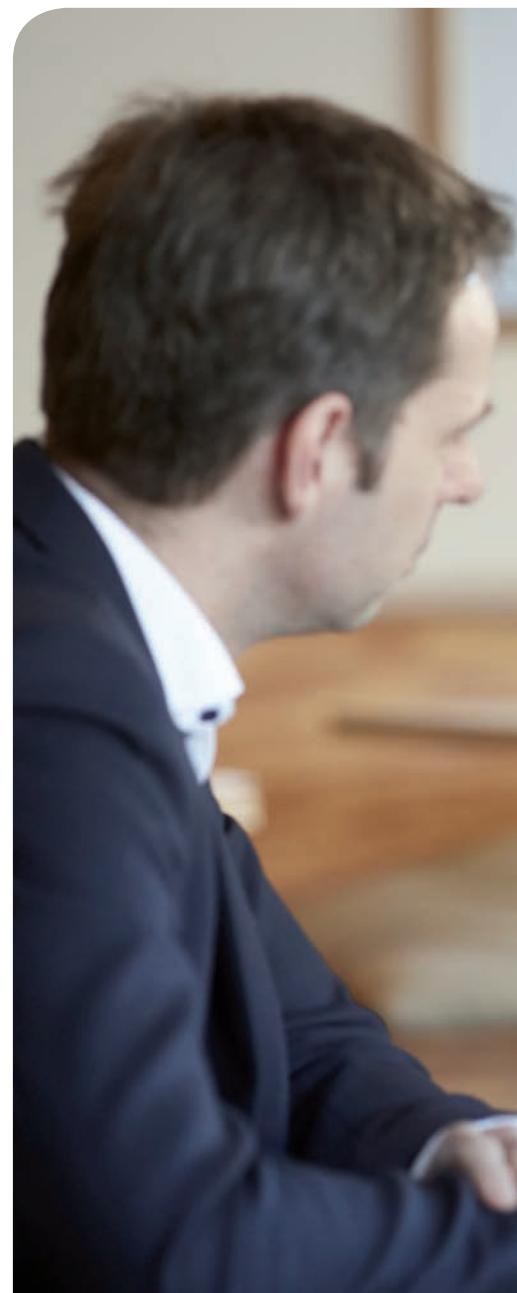
Die Arbeitsstättenverordnung und das Arbeitszeitgesetz sind für viele Arbeitsformen nicht geeignet. Ich zum Beispiel habe selbst lange gekellnert, auch auf

Hochzeiten. Da geht es gern bis morgens um sechs Uhr. Schon da hat das Arbeitszeitgesetz nicht funktioniert. Und es funktioniert hier bei den Startups noch viel weniger, weil der Wechsel zwischen Arbeitszeit und Nichtarbeitszeit viel flexibler und fließend ist. Das lässt sich halt nicht immer in Stunden und Minuten messen.

Und was wird die CDU ändern?

Beim Arbeitszeitgesetz geht es um die Möglichkeit, phasenweise mehr als zehn oder zwölf Stunden zu arbeiten, wenn man das innerhalb derselben Woche ausgleicht. Und bei der Arbeitsstättenverordnung müssen für Arbeiten von zu Hause geringere Maßstäbe gelten als für das Großraumbüro eines Großkonzerns. Wir müssen da viel flexibler werden. Ich wünsche mir, dass wir das noch in dieser Legislaturperiode hinbekommen. Das Arbeitsministerium hat viele gute Ideen präsentiert, aber davon leider wenig umgesetzt. Uns bleiben noch sieben Monate – vielleicht sehen wir ja noch was von der Arbeitsministerin.

Wenn man das Arbeitszeitgesetz ändert, würde ja die gesamte deutsche



Jens Spahn ist mit 36 Jahren als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium das jüngste Mitglied der Bundesregierung. Zuvor war er Gesundheitsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Spahn setzte sich 2014 als Kandidat von MIT und JU gegen Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe bei der Wahl ins CDU-Präsidium, der engeren Parteiführung, durch. Der gelernte Bankkaufmann und Politikwissenschaftler vertritt seit 2002 als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Steinfurt/Borken im Bundestag. Die britische Zeitung „The Guardian“ hatte Spahn im August 2016 als „Mann, der Angela Merkel als Kanzlerin ersetzen könnte“ bezeichnet. Finanzminister Schäuble nannte Spahn im Januar als einen von fünf Namen für Spitzenposten in der Union.



Fotos: Laurence Chaperon

Wirtschaft von diesem Digitaltrend profitieren. Aber wo ist denn die Digitalisierung gefährlich für den Mittelstand? Viele Einzelhändler sagen: Wegen Amazon kommen die Leute nicht mehr in unseren Laden und die Innenstädte veröden.

Was heißt gefährlich? Grundsätzlich sollte jeder, der für Soziale Marktwirtschaft einsteht, ein Freund von Wettbewerb sein, auch wenn das in der jeweiligen individuellen Situation schwerfällt. Wir haben ja gerade aktuell ein paar Diskussionen rund um den Arzneimittel-Versandhandel oder eben um die Frage E-Commerce. Natürlich braucht es faire Regeln...

Genau, die Online-Konzerne müssen dann hier auch ihre Steuern bezahlen wie unsere Einzelhändler...

Es braucht faire Regeln, das fängt beim Steuerrecht an, geht weiter bei dem Streit mit dem Kartellamt: Wer darf eigentlich wie die Preise bilden und Rabatte geben? Auch viele andere Bereiche sind davon betroffen. Wir können die Entwicklung nicht aufhalten. Auch ich bestelle ab und an online, weil es angenehm ist. Idealerweise schaffen es die bestehenden Einzelhändler, in diesem Onlineangebot mitzuspielen und tatsächlich eigene Angebote zu entwickeln, aber eben unter fairen Wettbewerbsbedingungen. Wenn wir über

Über (eine Online-Mitfahr-Börse, Anm. der Redaktion) und Taxi reden, sollten wir nicht einfach Uber ganz verbieten und bei unseren alten Regelungen fürs Taxigewerbe bleiben. Die Frage ist doch, ob wir die Chance nutzen und klug etwas Neues schaffen. Wer in Berlin mit dem Taxi fährt, merkt sowieso, dass die Frage der Ortskenntnisse bei den Fahrern überschaubar ausgeprägt ist. Jetzt hätten wir durch neue Geschäftsmodelle die Chance, alte Zöpfe abzuschneiden und gleichzeitig ein gemeinsames Regelwerk zu entwickeln, das neue Geschäftsmodelle ermöglicht und zugleich für alte Geschäftsmodelle Regulierung abbaut.

Betrachten wir doch einmal den deutschen Mittelstand. Auf einer Skala von 1 – gar nicht – bis 10 – vollständig – wie digital ist der deutsche Mittelstand?

Eine Durchschnittsnote zu finden, ist schwierig: Ich würde sagen, das Glas ist halbvoll. Die Erkenntnis ist an vielen Stellen da, aber wir sind eben nur den halben Weg gegangen. Es hängt auch von der Branche ab. Autozulieferer haben häufig schon voll digitalisierte Prozesse. Und dann gibt es meine Bäckerinnung daheim. Auch dort stellt sich irgendwann die Frage: Wie wird der Bäcker digital? Das Brötchen bleibt ein Brötchen, aber wenn der Kunde online bestellt und eine Drohne am Sonntagmorgen das Brötchen bringt, dann hat der Bäcker einen Wettbewerbsvorteil. Weil er die Infos über den Kunden hat, wenn er die Plattform für die Auslieferung selbst betreibt. Das müssen vor allem die kleineren Betriebe verinnerlichen.



„Jetzt hätten wir durch neue Geschäftsmodelle die Chance, alte Zöpfe abzuschneiden.“

Wie sieht es denn beim Staat aus, auf einer Skala von 1 bis 10?

Der ist leider bei 2 bis 3.

Frau Merkel sagt, wir sind auf dem Weg in ein digitales Entwicklungsland...

Wir sind ein digitales Entwicklungsland, wenn es um Verwaltung geht.

Und was kann die CDU in der nächsten Legislaturperiode tun? Was muss sie tun?

Nehmen Sie das Beispiel Estland: Wenn ich dort einmal einer staatlichen

Stelle eine bestimmte Information gegeben habe, zum Beispiel meine neue Adresse oder die Daten eines Neugeborenen, dann muss ich keiner anderen staatlichen Stelle mehr dieselbe Information geben. Die Behörden sind verpflichtet, das untereinander austauschen.

Wann kann das in Deutschland Wirklichkeit werden?

Die Wahrheit ist, dass wir in den Ministerien schon vier, fünf Jahre brauchen, nur um die Akten zu digitalisieren und das papierlose Büro umzusetzen. Es ist manchmal frustrierend komplex, da etwas voranzubringen. Wir bereiten gerade eine Verfassungsänderung vor, um dem Bund mehr Kompetenzen für die Digitalverwaltung und für ein gemeinsames Portal von Bund, Ländern und Kommunen zu geben. Denn digitale Verwaltung klappt nur, wenn wir die Angebote der verschiedenen Ebenen und Behörden integrieren können. Wir sind da leider erst am Anfang.

Die MIT hat ja gefordert, im nächsten Kabinett einen Digitalminister zu ernennen. Wäre das hilfreich?

„Jamaika wäre spannend, mal was Neues.“



nerer Sicherheit. Was wäre denn so ein Feld, das Sie nach der Bundestagswahl am meisten reizen würde?

Wir sollten das Fell des Bären nicht verteilen, bevor der Bär erlegt ist. Ich will zunächst die Wahl gewinnen und dann natürlich gern an spannender Stelle weiter arbeiten und gestalten. Dafür ist es wichtig, dass wir regieren, denn in der Opposition kannst Du schöne Anträge schreiben, aber die gehen alle in die Tonne.

Regieren mit wem?

Am liebsten mit den Liberalen. Wir dürfen diese Option nicht zu früh aufgeben, schon eine Verschiebung um wenige Prozentpunkte reicht aus. Klar ist auf jeden Fall, dass eine neue Große Koalition für unser Land und die Diskussionskultur im Bundestag nicht gut wäre. Das sehen wir ja in Österreich. Das stärkt die Ränder links wie rechts. Aber wenn wir ehrlich sind: Jede Dreier-Koalition, die es stattdes-



sen geben müsste, hat auch so ihre Schwierigkeiten. Es ist eine verflixte Lage, in der wir am Ende vor allem darauf setzen müssen, dass ohne uns als Union nichts geht und wir gleichzeitig mehr als eine Option haben. Das Schlechteste wäre, wie nach der letzten Wahl, eigentlich nur eine Option zu haben.

Und wenn die Wahl ist zwischen Jamaika, also Schwarz-Grün-Gelb, und Großer Koalition?

Jamaika wäre spannend, mal was Neues. Es erfordert allerdings auch viel Koordinierungsaufwand, weil es schwierig sein wird, FDP und Grüne unter ein Dach zu bringen. Und vor allem müssen die Grünen sich erst einmal entscheiden, ob sie eine Umverteilungspartei bleiben wollen.

Manche empfinden das grüne Spitzenduo für die Wahl als bürgerlich.

Das Programm ist es jedenfalls nicht. Und deswegen wird die spannende Frage sein: Womit wollen sie antreten? Wer eine Vermögenssteuer in den Mittelpunkt stellt, kann für uns kein idealer Partner sein.

Ich fände es spannender, noch etwas spezifischer zu werden: zum Beispiel mit einem Staatsminister, der für das ganze Thema E-Government, Digitalisierung der Verwaltung, digitales Bürgerportal steht und das auch durchsetzt. Digital im Allgemeinen ist ein zu weites Feld, denn die Wahrheit ist ja auch: Das Finanzministerium wird nie die Finanzregulierung von Fintechs aus der Hand geben und das Gesundheitsministerium nie das Thema E-Health. Dann muss man aufpassen, dass man sich nicht zwischen Fach- und Querschnittsressort zu sehr verheddert. Aber bei einem wirklichen Projekt wie digitale Verwaltung kann ein eigener Staatsminister einen echten Unterschied machen.

Wäre das eine Aufgabe, die Jens Spahn reizen könnte?

Spahn: (lacht) Das ist in jedem Fall eine reizvolle Aufgabe, aber wir haben viele reizvolle Aufgaben.

Ja, Sie äußern sich ja nicht nur zu Finanzfragen und Digitalem, auch zu Gesundheit, zu Flüchtlingen, in-

„Wer eine Vermögenssteuer in den Mittelpunkt stellt, kann für uns kein idealer Partner sein.“



Was wird denn der Wahlkampf-schlagler der CDU?

Uns geht es wirtschaftlich so gut wie noch nie. Dieses Jahr werden 44 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz haben, so viele wie noch nie! Die Löhne und Renten steigen, in den meisten Branchen sind die Auftragsbücher voll. Deshalb glaube ich nicht, dass Wirtschaftsthemen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen. Im Zentrum der Diskussion wird alles rund um den gesellschaftlichen Zusammenhalt, um Integration, Migration, Innere Sicherheit stehen. Das sind die Themen, die auch mit der Flüchtlingsproblematik der letzten 18 Monate hochgekommen sind. Die Menschen haben jetzt einfach ein tiefsitzendes Bedürfnis nach klarer, ehrlicher Analyse der Lage und erwarten auch klare Ansagen zu Lösungen. Das Vertrauen in die Staatlichkeit ist in Teilen verloren gegangen, zum Beispiel bei der Frage: Wie können wir unsere Grenzen, insbesondere unsere EU-Außengrenze, wirklich sichern? Wie stellen wir sicher, dass wir wissen, wer reinkommt? Wie schützen wir unsere Bürger, und zwar nicht nur vor Terrorismus, sondern am Ende auch vor Einbrüchen, wie können wir Recht durchsetzen?

Was machen Sie für die schweigende Mitte, die arbeitende, steuerezahlende Bevölkerung, die empfindet, dass viel für die Rentner gemacht wird und für Flüchtlinge, aber für sie nichts?

Ein Wahlkampf nach dem Motto „Wir müssen für jede Gruppe ein bisschen was machen: für die Apotheker, für die Frauen, die Landbevölkerung und auch für die Rentner“ ist einer der Gründe, warum viele keine Lust mehr auf Politik haben. Deshalb müssen wir

„Die Menschen haben jetzt einfach ein tiefsitzendes Bedürfnis nach klarer, ehrlicher Analyse der Lage und erwarten auch klare Ansagen zu Lösungen. Das Vertrauen in die Staatlichkeit ist in Teilen verloren gegangen.“

darüber reden, wie dieses Land auch in fünf, in zehn Jahren noch erfolgreich sein kann. Wie halten wir als Land in der Mitte Europas diesen großen Kontinent zusammen, und wie können wir unsere Gesellschaft in der Zeit, in der durch Migration viel an Spannung entstanden ist, wieder zusammenführen? Das sind die großen Linien. Ich bin der festen Überzeugung: Die löst man nicht auf, indem man möglichst vielen Einzelgruppen viel verspricht. Das haben in der Vergangenheit alle Parteien ein bisschen zu oft gemacht.

Verspricht denn die CDU Steuer-senkungen?

Ja, aber das wird nicht der Wahlkampf-schlagler, auch wenn es nicht jeder in der MIT hören mag. Steuer-senkungen sind kein Allheilmittel, aber die Idee, die dahinter steckt, ist wichtig: unseren Blick auf diejenigen zu richten, die den ganzen Laden am Laufen halten: die Krankenschwester, der Facharbeiter, der Polizist, die Überstunden machen und die dann auf einmal schon fast im Spitzensteuersatz sind. Es geht nicht darum, Mittel zu verteilen, sondern den Leistungsträgern mehr Freiheit, mehr Spielraum zu lassen. Dazu gehört auch, ihnen mehr von ihrem Verdiensten zu lassen. Dafür ist diese Steuer-senkung. Und in Zeiten, in denen die Steuereinnahmen sprudeln und wir Überschüsse haben, ist das einfach ein wichtiges Signal und Versprechen. Ich weiß, dass viele an solchen Versprechen zweifeln. Aber wir haben für die letzten vier Jahre versprochen: „keine neuen Schulden, keine neuen Steuern“ und beides haben wir gehalten. Und wenn wir jetzt versprechen, Steuern zu senken, dann werden wir es auch halten.

Zum Schluss bitte ich Sie noch darum, den folgenden Satz zu vervollständigen: „Wenn die britische Zeitung „Guardian“ mich als Angela Merkels Nachfolger bezeichnet...

... dann sage ich frei nach Obelix: „Die spinnen die Briten“.

Und wenn mein Minister Wolfgang Schäuble mich als Führungsnachwuchsreserve der CDU bezeichnet, dann ...

... stelle ich fest, dass ich seit 14 Jahren Nachwuchs bin. ●

Es stimmt etwas nicht in diesem Land. Bürger wenden sich von der Politik ab oder wählen eine angebliche „Alternative“, der sie aber keine Lösungen zutrauen. Darüber sind viele kluge Leitartikel geschrieben und nachdenkliche Reden gehalten worden – von Publizisten wie Politologen.

Jetzt stimmt Carsten Linnemann mit dem Buch „Die machen eh, was sie

Zustrom von Flüchtlingen und illegalen Zuwanderern werde sich das Land zu seinem Nachteil verändern. Es ist, alles in allem, ein beunruhigendes Bild – aber leider ein realistisches. Linnemanns nüchterne Prognose: Wenn sich nichts ändere, werde die Parteienlandschaft in Zukunft nur noch aus 10- und 20-Prozent-Parteien bestehen – ohne echte Volksparteien.

dass es immer eine Alternative gebe, und es reiche nicht, eine Person ins Zentrum zu stellen. Mit anderen Worten: Die eigene Politik allein auf Angela Merkel abzustellen und deren Politik als „alternativlos“ darzustellen, ist falsch.

Linnemann plädiert unter anderem für eine „Wiedererfindung der Sozialen Marktwirtschaft“, für die Wieder-

Carsten Linnemann
Die machen eh, was sie wollen:
Wut, Frust, Unbehagen –
Politik muss besser werden

Verlag Herder, Freiburg 2017
geb., 168 Seiten, 16,99 Euro
ISBN 978-3-451-37736-5



BUCHREZENSION

Wenn das Volk sich von den Volksvertretern entfernt

wollen“ in diesen Chor ein. Das ist das Besondere: Ein Angehöriger der politischen Klasse beschreibt ganz nüchtern, wie er selber die Entfremdung der Volksvertreter vom Volk erlebt und spart auch nicht mit Selbstkritik am politischen Betrieb. Dabei kommt dem 39-jährigen, zwei Mal direkt gewählten Abgeordneten aus Paderborn zugute, dass er selbst „dem Volk aufs Maul schaut“: Einmal im Monat macht er Hausbesuche und zudem empfängt er jährlich 1000 Besucher aus seinem Wahlkreis in Berlin.

Linnemanns Befund über die wachsende Distanz der Wähler zu den Gewählten gewinnt an Gewicht, weil er die Klagen frustrierter Bürger in vielen Zitaten einfließen lässt: das Unverständnis über eine geringe Rente nach einem langen Arbeitsleben, die Angst vor wachsender Kriminalität, die Sorge, durch den unkontrollierten

Der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU belässt es nicht beim Beschreiben. Er bietet auch Lösungen an; keinen grandiosen Masterplan, sondern kleine, pragmatische Schritte. Seine zwei Grundlinien: Die Parteien müssen wieder unterscheidbar werden, und das Land braucht konkrete Zukunftsprojekte. Zu letzteren zählen: Melde- und Transitzonen, solange die EU-Außengrenzen nicht vollständig gesichert sind; die größte Steuer- und Bürokratieentlastung seit der Wiedervereinigung; Deutschlands Etablierung als Weltmarktführer beim autonomen Fahren und als digitales Gründerland schlechthin.

Mit seinen Vorschlägen zu Veränderungen bei der CDU setzt sich Linnemann deutlich vom aktuellen Kurs seiner Partei ab, wenn auch in verklausulierter Form. Die Bürger wüssten,

einführung des Prinzips „Haftung“ beim Euro, für eine Flüchtlingspolitik, die konsequent zwischen echten Flüchtlingen und illegalen Einwanderern unterscheidet. Den Versuch, ein komplettes Wahl- oder Regierungsprogramm zu liefern, unternimmt Linnemann erst gar nicht. Aber seine Botschaft an die Wutbürger und Wutwähler ist glaubwürdig: „Wir haben verstanden.“ Was in der CDU-Führung nicht alle so verstehen dürften. ●

Hugo Müller-Vogg
ist freier Journalist
und Buchautor. Von
1988 bis 2001 war er
Mitherausgeber der
Frankfurter Allge-
meinen Zeitung.

twitter.com/HugoMuellerVogg



PRO & CONTRA

Sollen örtliche Aufgaben rekommunalisiert werden?

*In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.
Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.*



„Kommunale Unternehmen genießen Vertrauen“

Kommunale Unternehmen haben einen hohen Stellenwert als regionale, verlässliche und nachhaltige Partner für Gesellschaft und Wirtschaft: Sie bilden mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen das tragfähige Fundament für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dabei bringen sie Daseinsvorsorge mit Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit effizient in Einklang und arbeiten für das Wohl ihrer Kunden. Das kommt an: Die Bürgerinnen und Bürger bringen den kommunalen Unternehmen ein hohes Vertrauen entgegen, wie Umfragen eindrucksvoll belegen. Und es entspricht einem langfristigen Trend: Die Bürgerinnen und Bürger wenden sich zunehmend dorthin, wo sie das größte Vertrauen haben, die größte Nähe und Sicherheit spüren, das sind die kommunale Ebene und die kommunale Wirtschaft.

Es kann bei der Debatte nicht um pauschale Antworten oder gar Ideologien gehen. Ein wichtiger Leitfaden sind vielmehr die lokalen und regiona-

len Gegebenheiten. Deshalb ist es gut, dass die Kommunen entscheiden, in welcher Form sie die Daseinsvorsorge erbringen. Projekte zur Rekommunalisierung – ob die Übernahme von Energienetzen oder die Neugründung von Stadtwerken betreffend – sollten von volks- und betriebswirtschaftlichen Motiven geleitet sein. Dann können Wertschöpfungseffekte vor Ort generiert und kommunale Handlungsspielräume gesichert werden.

Der Gesetzgeber hat zuletzt einige strittige Punkte aus der Hochphase der Rekommunalisierung ausgeräumt und damit auch zu einer Versachlichung der Debatte beigetragen. Mit der Novellierung der Vergabe von Wegenutzungsrechten zur leitungsgebundenen Energieversorgung („Konzessionen“) können nun auch erstmals kommunale Interessen besser geltend gemacht werden. Zudem wurden wichtige Klarstellungen beim Netzaufpreis getroffen. Dafür hatten VKU und auch die kommunalen Spitzenverbände plädiert. ●

PRO

Katherina Reiche ist seit 2015 Hauptgeschäftsführerin des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Von 1998 bis 2015 war Reiche Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 2009 bis 2013 war sie Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, von 2013 bis 2015 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Seit den 1990er Jahren gab es bundesweit den Trend, öffentlich-rechtliche Aufgaben zu privatisieren. Nun stehen mehrere Tausend Neuvergaben der Konzessionen von Strom- und Gasnetzen an, was Kommunen dazu veranlasst, Eigenbetriebe oder Beteiligungsgesellschaften bei der Vergabeentscheidung zu bevorzugen. Deshalb stellen wir die Frage: Sollten örtliche Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge rekommunalisiert werden?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

„Staatwirtschaft muss gestoppt werden“

Sollten Schrottsammlungen oder der Betrieb eines Rechenzentrums kommunale Aufgaben sein? Ist Daseinsvorsorge in einer Stadt wie Berlin dasselbe wie in einem Dorf in der Uckermark? Jedenfalls ist in den letzten Jahren der Umsatz kommunaler Unternehmen explodiert: Mit fast 300 Milliarden Euro Umsatz entfallen deutlich mehr als zehn Prozent unseres Bruttoinlandproduktes auf kommunale Unternehmen. Während die Bundesebene mit Post, Telekom und Bahn in die Privatisierung eingestiegen und kaum ein Bürger den alten Staatsapparaten hinterhertrauert, feiert auf kommunaler Ebene der Volkseigene Betrieb (VEB) 2.0 fröhliche Urstände.

Und es sind immer mehr Branchen betroffen: Energie-, Wasser- und Recyclingwirtschaft, Garten- und Landschaftsbau, Datenverarbeitung. Kommunen betreiben kurioserweise im Saarland Meeresfischzucht und in Niedersachsen Pommestuben, Reisebüros, Fitnesscenter. Es geht längst nicht mehr um Daseinsvorsorge. Noch nie in der Geschichte der Bundes-

republik hat irgendwo eine Kommunalaufsicht eine unternehmerische Aktivität gestoppt – auch nicht die Fälle, die zur Insolvenz der ersten Stadtwerke geführt haben. Auch nicht die zahlreichen Fälle, die die Berichte der Rechnungshöfe oder des Bundes der Steuerzahler füllen. Hier stimmt etwas nicht!



Ebenso gehören die kommunalen Privilegien auf den Prüfstand: Die Befreiung von der Umsatzsteuer bei öffentlich-rechtlichen Unternehmen, die Freistellung von fairem Wettbewerb und Vergaberecht – all das passt nicht zu den Sonntagsreden, in denen Mittelstand und Familienunternehmen sich Schulterklopper der Politik abholen dürfen. Im Tagesgeschäft hingegen werden regional verankerte Mittelständler vom Markt verdrängt – und zwar durch den Staat selbst. Vorfahrt für den Mittelstand klingt da nur noch wie Hohn.

Wer für ordnungspolitische Vernunft eintritt, muss der Staatwirtschaft Einhalt gebieten. Auch und insbesondere den kommunalen Auswüchsen. ●



Peter Kurth, Finanzsenator a.D., studierte Rechts- und Politikwissenschaften und ist seit 2009 Präsident des Bundesverbands der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft (BDE). Seit 2012 ist er Präsidiumsmitglied des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und seit 2014 Vizepräsident der FEAD, der europäischen Föderation der Entsorgungswirtschaft.



QUALIFIKATION IM HANDWERK STÄRKEN

Zurück zum Meister

Mit der Handwerksnovelle von 2004 wurde für zahlreiche Berufe die Meisterpflicht abgeschafft. Der EU reicht das noch nicht. Sie sieht im deutschen Meisterbrief eine Marktabschottung für ausländische Anbieter. In Deutschland regt sich Widerstand in Handwerk und Politik: Man will nicht weniger, sondern mehr Berufe mit Meisterpflicht – um Qualität und Ausbildungsplätze zu retten.

Der Treppenaufgang zu Andreas Löfflers Büro wirkt wie ein Meisterbrief-Museum: Die Auszeichnungen vieler seiner Mitarbeiter hat der 58-jährige Ofenbaumeister dort an die Wand gehängt – sieben Stück reißen sich aneinander. Mit Stolz zeigt Löffler auf sie und erzählt von der langen Tradition seines Unternehmens in Großenhain bei Meißen. 1946 wurde der Betrieb gegründet, der sich um Ofenbau und Fliesenarbeiten kümmert. Seit 30 Jahren führt Löffler das Unternehmen. Doch wenn er über die Gegenwart spricht, wirkt er ratlos. Löffler arbeitet sechs Tage die Woche, meist zwölf Stunden am Tag. Vor kurzem hat er seinen letzten Lehrling ausgebildet. Aktuell befindet sich kein angehender Handwerker in Löfflers Ausbildung. Das liegt vor allem an den Entwicklungen der vergangenen Jahre. Löffler hat keine Lust mehr und ist sauer auf die Politik. „Die Meisterpflicht abzuschaffen war ein großer Fehler. Wir leiden sehr darunter.“

Mit der Änderung der Handwerksordnung 2004 hat der Bundestag für 53 Berufe die Meisterpflicht abgeschafft. Bis zu diesem Zeitpunkt brauchten Handwerker diese Qualifikation, um sich mit einem Betrieb selbstständig zu machen. Die Änderung gilt beispielsweise für Fliesenleger, Uhrmacher und Feinoptiker. Ziel waren mehr Wettbewerb und Unternehmensgründungen. Heute, fast 13 Jahre später, sind die Entwicklungen durch die Deregulierung dramatisch. Das lässt sich vor allem am Beispiel der Fliesenleger festmachen. Laut des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) stieg die Zahl der Betriebe in diesem Gewerk von rund 20.000 im Jahr 2004 bundesweit auf rund 70.000 an. Aber: Zum großen Teil setzen sich diese Fliesenleger-Betriebe aus Ich-AGs zusammen. Obwohl die Zahl der Betriebe seit 2004 so stark wächst, werden deutschlandweit trotzdem 50 Prozent weniger Lehrlinge ausgebildet. Die Zahl der Meisterschüler ging seit 2004 sogar um 80 Prozent zurück.



Andreas Löffler ist Ofenbaumeister und führt das Familienunternehmen Löffler bereits seit 30 Jahren. Er fordert die Wiedereinführung der Meisterpflicht. Am besten so schnell wie möglich.

Eine weitere Deregulierung ist bereits in Planung. Im Januar dieses Jahres legte die Europäische Kommission das sogenannte Dienstleistungspaket vor. Dieses Paket könnte den Handwerkern das Leben noch schwerer machen.

Die Kommission hat ein Analyseraster entwickelt, an dem jede Berufszugangsbeschränkung geprüft werden soll. Das heißt, dass sich jeder Beruf in Deutschland diesem Test unterziehen muss, um auf europäischer Ebene herauszufinden, inwiefern Qualifikationen für bestimmte Berufe notwendig sind. Tritt das Dienstleistungspaket in Kraft, ist eine Wiedereinführung der Meisterpflicht in Deutschland kaum noch zu rechtfertigen. Die Folgen würden dann noch dramatischer ausfallen als ohnehin schon: Fachkräftemangel und eine drohende Jugendarbeitslosigkeit.

Qualität und Image des Handwerks leiden

Die Abschaffung der Meisterpflicht hat vor allem die Berufseintrittsbarriere drastisch nach unten geschoben. „Zulassungsfrei heißt: keine Qualifikation notwendig. Also auch kein Gesellenbrief. Sie brauchen in diesen Gewerken eigentlich gar nichts und können sich Handwerker nennen“, sagt Claus Gröhn, Präsident der Handwerkskammer zu Leipzig. Der 59-jährige Inhaber eines Dachdeckerunternehmens in Leipzig beobachtet die Entwicklungen seit 2004 mit großer Sorge. „Die Qualität und das Image des Handwerks leiden sehr unter der Abschaffung der Meisterpflicht.“ Für junge Menschen gebe es kaum noch Anreize, einen handwerklichen Beruf zu erlernen, wenn sie sich auch ohne Qualifikation selbstständig machen können. Eine weitere Auswirkung sei die hohe Fluktuation der Unternehmen, sagt Gröhn. „Viele Gründungen nach 2004 waren Strohfeuer-Gründungen, aber nicht nachhaltig.“ Laut Statistischem Bundesamt ist mehr als die Hälfte der Neugründungen nach fünf Jahren nicht mehr am Markt.

Mehr Betriebe sollten sich doch positiv auf die Handwerkskammern auswirken. Aber Claus Gröhn hält dagegen: „Die Beitragshöhe wird nämlich abhängig vom Gewinn des Unternehmers festgelegt. Wir sind zwar mehr Betriebe jetzt, aber haben weniger Einnahmen, weil die Solo-Betriebe keine hohen Gewinne einfahren.“ Damit die Verwaltungs- und Ausbildungskosten zu bewältigen, sei eine tägliche Herausforderung.

Viele Ich-AGs und wenig Nachwuchs

Die vielen Ich-AG-Gründungen beobachtet auch Ofenbaumeister Andreas Löffler. „Ich habe meine eigene Konkurrenz ausgebildet“, sagt der Mittelständler. Trotzdem gehen

auch seine Azubi-Zahlen seit Jahren zurück. In den 1990er-Jahren waren insgesamt 50 Mitarbeiter in seinem Unternehmen angestellt, zeitweise hatte er bis zu zehn Lehrlinge. Sein letzter Lehrling hat vor kurzem seine Gesellenprüfung bestanden. Ein

neuer ist nicht in Sicht. „Die Attraktivität des Berufs hat durch die Abschaffung der Meisterpflicht stark einbüßen müssen“, sagt Löffler. „Wenn jetzt auch noch das neue EU-Dienstleistungspaket in Kraft tritt, dann werden wir kaum noch Nachwuchs im Handwerk generieren können.“

Auch Europapolitiker der CDU sprechen sich für die Wiedereinführung der Meisterpflicht aus – und gegen weitere EU-Deregulierungen. „Bildung bleibt Vorrecht der einzelnen Staaten“, stellt Markus Pieper fest, CDU-Europaabgeordneter aus Münster und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM) der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament. Mit dem Vorschlag des Dienstleistungspakets wolle die Kommission transparente und verhältnismäßige Auflagen für Berufszugänge schaffen und so Wettbewerbsnachteile für Unternehmen aus anderen EU-Ländern vermeiden. Pieper: „Sie schreibt den Mitgliedstaaten aber nicht vor, welche Berufe zu reglementieren sind. Wir sind deswegen auch der Meinung, dass die Meisterpflicht für Fliesenleger und andere wieder einzuführen ist.“

Carsten Linnemann, Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, befürwortet die Wiedereinführung der Meisterpflicht auch für die davon bereits befreiten Gewerke. „Freier Marktzugang gehört zur DNA der Sozialen Marktwirtschaft. Die Meisterpflicht ist jedoch nicht irgendein lästiges Handelshemmnis, sondern ein wichtiger Qualitätsstandard des deutschen Handwerks.“

Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit

Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit sind weitere Negativfolgen der Handwerksnovelle von 2004. „Das ist alarmierend“, sagt Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe (ZDB). „Angemeldete Fliesenleger arbeiten in manchen Fällen gar nicht in diesem Gewerk, sondern übernehmen andere Aufgaben auf dem Bau, weil sie keine Zugangsqualifikationen vorweisen müssen“, so Pakleppa. Eine Kontrolle sei sehr schwierig, denn genau nachzuweisen, welcher Arbeiter welche Aufgaben auf dem Bau tagtäglich erledigt, sei nahezu unmöglich. Eine Wiedereinführung der Meisterpflicht begrüßt der ZDB – aber: „Ein Schritt, der zuvor gegangen werden könnte, wäre zum Beispiel die Gesellenprüfung als



„Die Meisterpflicht abzuschaffen war ein großer Fehler. Wir leiden sehr darunter.“

Zugangsvoraussetzung festzulegen. Generell gilt, dass wir Zugangsvoraussetzungen für die Berufe im Baugewerbe benötigen, damit nicht jeder einfach so einen Fliesenlegerbetrieb eröffnen kann“, fordert Pakleppa.

Die Fliesenleger sind nur ein Beispiel von vielen Gewerken, für die sich die Handwerksnovelle negativ ausgewirkt hat. Zulassungsfrei ist beispielsweise auch das Uhrmacherhandwerk. Im Vergleich zu 2004 sind auch hier die Meisterprüfungen um die Hälfte zurückgegangen. „Wir haben die Abschaffung zum Anlass genommen noch mehr Werbung für den Meister zu machen. Denn dieser steht für höchste Qualität“, sagt Ernst Gottlieb, Präsident des Zentralverbands für Uhren, Schmuck und Zeitmesstechnik. Als Gottlieb während einer Japanreise den Uhrenhersteller Casio besuchte, war er von dessen Qualifikationsbezeichnungen begeistert. „Die niedrigste Qualifikationsstufe fing mit Gold an. Es ging weiter mit Platin, aber die höchste Auszeichnung wurde von den Japanern mit dem deutschen Begriff ‚Meister‘ bezeichnet“, erzählt Gottlieb.

Negativfolgen für die Verbraucher

Einer von diesen deutschen Meistern führt sein Uhren- und Juweliergeschäft in der bayerischen Stadt Mainburg. Albert Fischer ist Uhrmachermeister und Dozent an der Bayerischen Uhrmachermeisterschule in Würzburg. „Mit der Abschaffung der Meisterpflicht sind auch die Pflichtjahre zwischen Gesellen- und Meisterprüfung weggefallen“, sagt Fischer. Damit fehle vielen Gesellen die nötige praktische Erfahrung, die sie für die Meisterschule brauchen. Eine weitere Deregulierung des deutschen Ausbildungssystems hätte einen erheblichen Qualitätsverlust im Uhrmacherhandwerk zur Folge. „Während der Meisterschule erlernen die Gesellen nicht nur weiteres berufsbezogenes Wissen und praktische Fertigkeiten, sondern werden auch in betriebswirtschaftlichen Dingen geschult.“ Da sich nun auch Gesellen und Geringqualifizierte selbstständig machen könnten, fehle vielen dieses Wissen, um einen eigenen Betrieb zu führen. Manche würden sich dann verkalkulieren und müssten ihren Betrieb schnell wieder schließen, sagt Fischer.

Von einer Wiedereinführung der Meisterpflicht hätten auch die Verbraucher viele Vorteile. „Ein praktisches Beispiel für die Vorteile eines Meisterbetriebes ist die Reparatur eines mechanischen Chronografen“, sagt Uhrmachermeister Fischer. „Diese Uhren besitzen eine komplizierte Technik und viele junge Gesellen sind mit dieser Arbeit zunächst überfordert.“ Auch Ofenbaumeister Andreas Löffler kann sich in diesen Schilderungen wiederfinden: „Oft kommen meine Mitarbeiter und ich auf die Baustelle und müssen uns zuerst der verpfuschten Vorarbeit widmen.“ Zugangsvoraussetzungen für handwerkliche Berufe seien deshalb auch für den Endverbraucher enorm wichtig. „Es geht nicht immer nur um Europa“, sagt Löffler. „Wir sind auch noch da.“



Katharina-Luise Kittler
Redakteurin
kittler@mit-bund.de
twitter.com/k_luise

Herr Wehner, wofür braucht man Markenschutz überhaupt?

Ihren Firmen- oder Produktnamen sollten Sie sich als eingetragene Marke schützen lassen. Denn wenn Sie keinen Schutz haben, können andere denselben Namen verwenden und dann ist es schwierig, rechtlich dagegen vorzu-

Starke Marken versprechen starke Geschäfte. Doch wie schützt man sich vor Plagiats-Haien und Produktpiraterie? Mittelstandsmagazin-Mitarbeiter Andreas Oberholz sprach sprach mit Patentanwalt und MIT-Mitglied Dr. Johannes Wehner aus Fulda.



MARKENRECHT

Wie schütze ich Produkt- und Firmennamen?

gehen. Ähnliche Produkte von geringer Qualität, die unter demselben Namen vertrieben werden, schädigen dann Ihren Ruf. Und im schlechtesten Fall lässt der Konkurrent den Namen selbst als Marke eintragen.

Moment, wenn ich einen Firmennamen habe und im Handelsregister eintrage, ist der als Marke nicht geschützt?

Nein, so einfach ist das nicht. Der sicherste und eindeutig nachweisbare Schutz eines Firmennamens ist dessen Eintragung als Marke ins Markenregister. Die Eintragung ins Handelsregister hat mit dem Markenschutz nichts zu tun.

Welche Namen oder Zeichen kann man denn schützen, und welche nicht?

Alles, was grafisch dargestellt werden kann, kann auch als Marke eingetragen werden: zum Beispiel Wort- und Bildzeichen, aber auch dreidimensionale Formen, Farben und sogar Klänge. Marken kennzeichnen Waren und Dienstleistungen eines Unternehmens. Sie stehen niemals für sich alleine, sondern sind immer mit den Waren und Dienstleistungen verknüpft. Das angemeldete Zeichen

muss unterscheidungskräftig sein und darf die Waren oder Dienstleistungen nicht selbst beschreiben. So kann etwa ein Apfel als Bildmarke für Hard- und Softwarekomponenten und entsprechende Dienstleistungen eingetragen sein. Für Obst könnte das Zeichen nicht als Marke geschützt werden, da es das Produkt beschreibt.

Wo und wie ist ein Markenrecht einzutragen? Wie teuer ist das?

Marken können beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) und beim Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) angemeldet werden. Dazu gibt es die Möglichkeit, eine Marke international registrieren zu lassen. Die Anmeldung einer nationalen Marke in Deutschland kostet mindestens 290 Euro Amtsgebühren und eine Unionsmarke ist ab 850 Euro erhältlich.

Was kann man machen, wenn jemand anderes eine ähnliche Marke verwendet? Inwieweit ist das auch noch geschützt?

Erst kürzlich wurde ein Kaiman-Logo für Waren aus dem Bekleidungsbe- reich wegen möglicher Verwech-

lungsfahr mit dem Lacoste-Krokodil aus dem Register gelöscht. Konfliktfälle treten im Markenbereich regelmäßig auf und Kollisionen lassen sich oft nicht vermeiden. Als Inhaber eines älteren Rechts kann man auf das Widerspruchsverfahren zurückgreifen, um jüngere Zeichen löschen zu lassen.

Wie oft muss man ein Markenrecht erneuern?

Der Markenschutz besteht für zehn Jahre und kann beliebig oft verlängert werden.

Wie kann man Firmen- und Produktnamen noch schützen?

Ein Schutzrecht entsteht durch Eintragung des Namens als Marke ins Markenregister. Ein besonders gestaltetes Firmenlogo könnte eventuell auch als Design eingetragen werden. Ganz grundsätzlich kann man zwar auch dadurch Markenschutz bekommen, dass sich der Marken- oder Firmenname durch Gebrauch, also Benutzung im Markt, etabliert. Allerdings muss dies im Streitfall durch aufwendige Gutachten nachgewiesen werden – ein Aufwand, der zumeist teurer ist als die letztlich recht günstige Eintragung ins Register. ●

Rückblick auf den 29.



MIT setzt ihr Steuerkonzept durch

Für Steuersenkungen, gegen Steuererhöhungen – beides konnte die MIT auf dem Essener Bundesparteitag der CDU durchsetzen. Während die Grundzüge des MIT-Steuerkonzepts schon in den Entwurf des Leitetrags aufgenommen worden waren, konnte die klare Absage an Steuererhöhungen erst nach intensiver Debatte im Vorfeld des Parteitags durchgesetzt werden.

Der ursprüngliche Entwurf sah zunächst nur vor, dass die Steuerquote – also der Anteil der Steuereinnahmen am Bruttoinlandsprodukt – nicht erhöht werden soll. Damit wären Steuererhöhungen möglich gewesen. Die MIT wollte auf jeden Fall verhindern, dass die CDU sich diese Hintertür offen lässt. MIT-Chef Carsten Linnemann hat deshalb einen Initiativantrag auf den Weg gebracht, mit dem sich die CDU klar gegen Steuererhöhungen ausspricht. Nach intensiver Debatte im CDU-Präsidium und -Bundesvorstand hat die Partei ihren Leitetransport im Sinne der MIT geändert. Danach wurde die For-

mulierung mit der Steuerquote gestrichen und durch eine klare Aussage ersetzt, die dann auch vom Parteitag beschlossen wurde: „Wir schließen Steuererhöhungen grundsätzlich aus, insbesondere auch eine Verschärfung der Erbschaftsteuer und eine Einführung der Vermögensteuer.“ Damit ist zugleich ausgeschlossen, dass Steuersenkungen für untere und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer durch Erhöhungen der oberen Grenzsteuersätze kompensiert werden.

Darüber hinaus hat der Parteitag mit dem Leitetransport die Grundzüge des „Deutschland-Pakets“ beschlossen, das von der MIT eingebracht worden war. Danach sollen die erwarteten Steuermehreinnahmen in der kommenden Legislaturperiode zu je einem Drittel für Investitionen in Infrastruktur, für Steuersenkungen vor allem für Familien und untere Einkommensgruppen und zur Finanzierung der notwendigen Ausgabensteigerungen und zur Schuldentilgung eingesetzt werden. Die erwarteten Steuermehreinnahmen in der kommenden Legislaturperiode liegen bei weit über 100 Milliarden Euro, die entsprechend aufgeteilt werden müssen.

Steuerkonzept



Beliebter Anlaufpunkt

Die MIT war auf dem CDU-Parteitag nicht nur inhaltlich stark, sondern zeigte auch optisch Präsenz. Der MIT-Stand war ein beliebter Anlauf- und Treffpunkt – nicht zuletzt wegen des Deutschlandpakets, den die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und Mitglieder des Bundesvorstands an die Parteitagsdelegierten verteilen.

(l.o.) Wolfgang Bosbach am MIT-Stand
 (l.u.) Innen-Staatssekretär Günter Krings,
 Bundesschatzmeister Hermann Hesse
 (r.o.) ZDH-Generalsekretär Holger
 Schwannecke, PKM-Vorsitzender Christian
 von Stetten, DIHK-Hauptgeschäftsführer
 Martin Wansleben
 (r.u.l.) CDA-Vorsitzender Karl-Josef Laumann,
 MIT-Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben
 (r.u.r.) Parteitags-Stand der MIT



CDU-Bundesparteitag



MIT-Anträge erfolgreich

Neben den Anträgen zum Leit Antrag wurden auch weitere Anträge der MIT angenommen. So hat sich der Parteitag der Forderung nach einer Stärkung des Meisterbriefes angeschlossen. Eine Fraktionsgruppe soll prüfen, ob eine Wiedereinführung der Meisterpflicht in bestimmten Berufen möglich ist. Ebenso votierte der Parteitag unter anderem für die Anträge zur emissionsfreien Mobilität, für mehr Nachhaltigkeit in öffentlichen Haushalten, für eine konsequentere Umsetzung der europäischen Fiskalpolitik sowie (im Falle eines Brexits) für eine Verkleinerung des europäischen Parlaments.

Anträge

Fotos: MIT



Presseschau

Maßgeblich auf Druck von Linnemann steht im Leit Antrag des CDU-Parteivorstands nicht mehr bloß der Satz, die Union werde die „Steuerquote“ nicht erhöhen. Stattdessen ist dort jetzt zu lesen: „Wir schließen Steuererhöhungen grundsätzlich aus, insbesondere eine Verschärfung der Erbschaftsteuer und eine Einführung der Vermögensteuer.“

WirtschaftsWoche, 9. Dezember

Auf Intervention des Wirtschaftsflügels heißt es nun in dem Vorstandsbeschluss: „Wir schließen Steuererhöhungen grundsätzlich aus und formulieren das auch klar so.“

FAZ, 6. Dezember

Der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Carsten Linnemann, meint: „Es wird nicht mehr ausreichen, die Kanzlerin in den Mittelpunkt zu stellen, sondern wir müssen auf Inhalte setzen. Die Unterschiede zu anderen Parteien müssen wieder sauber herausgearbeitet werden.“

Welt.de, 4. Dezember

Linnemann geht fest davon aus, dass CDU und CSU mit einem gemeinsamen Konzept um Stimmen bei der Bundestagswahl im Herbst nächsten Jahres werben. „Nach dem CDU-Parteitag werden wir auf eine klare gemeinsame Linie kommen. Da bin ich sicher“, sagte er.

Neue Osnabrücker Zeitung, 30. November



EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie?
In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben

Stärkung des digitalen Binnenmarkts

Die EU-Kommission hat weitere Schritte für eine einheitliche europäische Datenwirtschaft eingeleitet. Derzeit gibt es viele rechtliche Unklarheiten, was den Zugang, die Übermittlung und die Haftung bei maschinengenerierten digitalen Daten betrifft. Wenn es zum Beispiel in einem Wohnhaus brennt und die Lichter nicht wie vom Sicherheitssystem vorgesehen angehen: Haftet der Sensorhersteller, der Datendienst oder das Unternehmen, das die Produktsicherheit bescheinigt? Unternehmen brauchen Rechtssicherheit. Deswegen erarbeitet die Kommission in einem ersten Schritt politische und rechtliche Konzepte, bespricht sich mit Interessensvertretern und Mitgliedstaaten. Anschließend wird sie Leitlinien und Gesetzentwürfe vorlegen.

Kommission erwägt Steuererhöhungen für EU-Haushalt

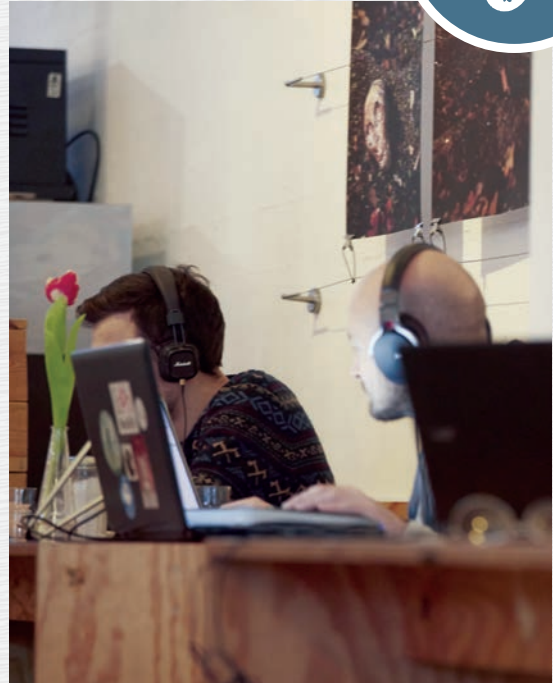
Eine Experten-Gruppe unter dem Vorsitz des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten und EU-Kommissars Mario Monti hat Anfang des Jahres ein Grundsatzpapier vorgelegt, indem sie skizziert, wie die EU in Zukunft durch Eigenmittel finanziert werden könnte. Das Papier ist eine Grundlage für die nächste siebenjährige EU-Finanzperiode, die 2021 beginnt. Zu den Monti-Vorschlägen zählen unter anderem eine CO₂-Steuer, ein höherer Anteil an den Mehrwertsteuereinnahmen der Mitgliedstaaten, ein Anteil an der Körperschaftsteuer sowie an der geplanten Finanztransaktionssteuer. Diese Einnahmen sollen direkt in den EU-Haushalt fließen. Wir meinen: Europa braucht zunächst eine Aufgabenkritik mit Fokussierung auf wenige Kernthemen, bevor mehr Geld gefordert wird.

Die Jury

Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe



PKMEurope
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament



Deutschland wird als Gründungsstandort gestärkt

In der Vergangenheit war es für Startups eine große Hürde, einen Investor für das Unternehmenswachstum zu finden. Das Hauptproblem bestand darin, dass durch den Einstieg eines neuen Kapitalgebers die steuerlichen Verlustvorträge wegfielen und Steuern schneller fällig wurden. Rückwirkend wird sich diese Regelung ab 2016 ändern. Gründer können in Zukunft die Verlustvorträge behalten und steigern somit ihre Attraktivität für Investoren. Die Regelung verbessert damit die Eigenkapitalbasis von Kapitalgesellschaften. MIT-Chef Carsten Linnemann zeigt sich erfreut: „Durch die Neuregelung der Verlustvorträge stärken wir Deutschland als Gründungsstandort, da sich die Finanzierungsbedingungen für Gründer deutlich verbessern.“

Innovativ

Entlastung für Mittelstand bei Steuerbürokratie

Die entscheidenden Fachausschüsse der Unionsbundestagsfraktion sind einer Forderung der MIT gefolgt und unterstützen wichtige Bürokratierleichterungen für den Mittelstand. Zum einen sollen Unternehmen künftig die Kosten für geringwertige Wirtschaftsgüter bis 1.000 Euro sofort von der Steuer absetzen können. Bislang liegt die Grenze bei 410 Euro. Auf diese Änderung haben sich die Arbeitsgruppen

Wirtschaft und Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Initiative der Mittelstandspolitiker von CDU und CSU festgelegt. Außerdem haben die Arbeitsgruppen beschlossen, dass der Zinssatz bei der Vollverzinsung für Steueransprüche von 0,5 auf 0,25 % je Monat halbiert wird. Dadurch werden Betriebe, die Steuernachzahlungen leisten müssen, erheblich entlastet.



Kunst trifft MIT

Die neue MIT-Bundesgeschäftsstelle soll auch ein Ort von Kreativität und Begegnung sein. Mit einer Vernissage konnte nun erstmals eine Foto-Ausstellung in der Bundesgeschäftsstelle eröffnet werden. Gemeinsam mit der DEKRA-Hochschule für Medien stellt die MIT Fotos unter dem Motto „MIT MOMENTS“ aus. Die Studenten der Hochschule haben zwölf MIT-Mitglieder – sechs Bundespolitiker und sechs Unternehmer – begleitet, um besondere Momente aus deren Arbeitsalltag einzufangen. Die Ausstellung zeigt Nahaufnahmen dicht am Arbeitsalltag der Politiker und Unternehmer. Dabei geht es nicht um das klassische Porträt, sondern darum, Politik und Wirtschaft als „Werkstatt“ darzustellen und neu zu entdecken.





Ich bin in der MIT, weil...

Die MIT ist mit mehr als 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft



Timo Lübeck

Referent für Finanz- und Steuerpolitik, MIT Hersfeld-Rotenburg



Jacqueline Brinkschröder

Agenturleiterin, MIT Krefeld



Dirk Hasse

Landwirt/Geschäftsführer, MIT Schaumburg

„Ich bin in der MIT, weil die Politik alles dafür tun muss, dass der Mittelstand auch in Zukunft der Jobmotor in Deutschland bleibt und dadurch unser Wohlstand dauerhaft gesichert wird.“

Timo Lübeck (33) hat nach seiner Ausbildung in der Kommunalverwaltung zwölf Jahre lang als Büroleiter für verschiedene Abgeordnete in Berlin gearbeitet. Heute ist er als Referent für Finanz- und Steuerpolitik bei der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände beschäftigt. Zudem arbeitet er für den Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen als Referent für Mittelstands- und Handwerkspolitik. Seit 2014 ist Lübeck Kreisvorsitzender der CDU Hersfeld-Rotenburg. Darüber hinaus ist der Kreistagsabgeordnete ehrenamtlicher Richter am Verwaltungsgericht Kassel und Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg. Zur Bundestagswahl 2017 tritt er als Direktkandidat im Wahlkreis Werra-Meißner/Hersfeld-Rotenburg an.

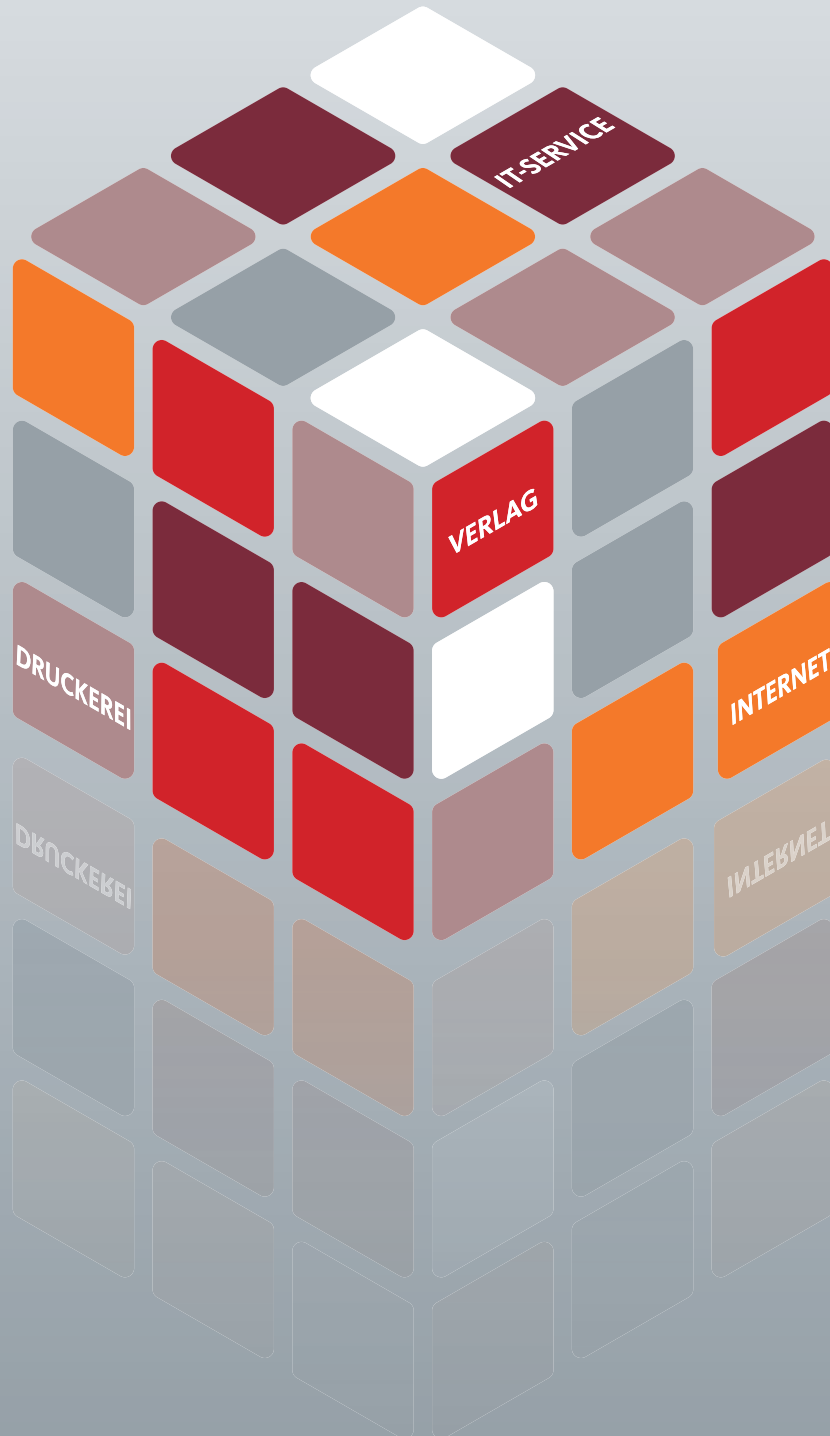
„Ich bin in der MIT, weil es an der Zeit ist, sich verstärkt für die Interessen und Bedürfnisse der zukünftigen Unternehmergeneration einzusetzen.“

Jacqueline Brinkschröder (26) berät als Agenturleiterin der Deutschen Vermögensberatung zu Themen wie Immobilienfinanzierungen, Geldanlagen, staatliche Förderungen und Versicherungen. Ihr Kundenkreis reicht vom Auszubildenden bis hin zu Geschäftskunden. Neben der fachlichen Beratung ist ihr auch der Aufbau eines starken Teams wichtig. Ihre Freizeit gestaltet Frau Brinkschröder abwechslungsreich. Egal ob bei sportlichen Aktivitäten wie Badminton spielen und Schwimmen oder bei einer Runde Shopping in der Innenstadt – im Vordergrund steht bei ihr immer der Ausgleich zum Berufsalltag. Besonders freut sie sich auf den wöchentlichen Besuch der Tanzschule. Gemeinsam mit ihrem Ehemann tanzt sie am liebsten Standard und Latein.

„Ich bin in der MIT, weil auch die Agrarbranche ein wichtiges Standbein des deutschen Mittelstandes darstellt und ich somit zur Stärkung der MIT beitragen kann.“

Dirk Hasse (44) hat nach seiner Ausbildung zum Landwirt eine Ausbildung zum staatlich geprüften Landwirtschaftsleiter absolviert. 1995 ist er in den landwirtschaftlichen Betrieb seiner Eltern eingestiegen, wo er auch mit seiner Ehefrau und zwei Kindern lebt. Das Unternehmen bewirtschaftet eine landwirtschaftliche Nutzfläche von rund 200 Hektar. Ein weiteres Standbein ist der überbetriebliche Einsatz der Maschinen für andere Betriebe. Als Musiker spielt Hasse Trompete beim Orchester Bückeburger Jäger, deren Vorsitzender er seit 2002 ist. 2010 wurde Hasse in den Prüfungsausschuss der Landwirtschaftskammer Niedersachsen zur Meisterprüfung berufen. Die Berufsausbildung liegt ihm besonders am Herzen, da er auch im eigenen Betrieb jährlich vier Lehrlinge ausbildet.

WIR ZAUBERN LÖSUNGEN.



UNION BETRIEBS-GMBH | UBGNET.DE

Reisetermin:

03.10. bis 07.10.2017

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland⁺ / Danzig / Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy Class
 - Flughafengebühren und Kerosinzuschläge in Höhe von EUR 35,- bis EUR 93,- pro Person, je nach Abflughafen (Stand 02/2017)
 - Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
 - 4 Übernachtungen im Qubus Hotel Gdansk**** im Doppelzimmer
 - 4 x Frühstücksbuffet
 - 3 x Abendessen im Hotel
 - 1 x Abendessen in der Kaschubischen Schweiz mit Folklore
 - Ausflüge und Besichtigungen laut Programm mit deutschsprachiger Reiseleitung
 - Eintrittsgelder: Marienkirche, Oliwa-Kathedrale inklusive Orgelkonzert, Mole in Zoppot, Regionalmuseum Kaschubische Schweiz
 - Umfangreiches Informationsbuch zur Reise
- **Flüge wahlweise ab/bis:** Berlin-Tegel, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt-Main, Frankfurt-Hahn, Hamburg, Hannover, Köln-Bonn, München und Stuttgart (tlw. mit Umstieg). Weitere Abflughäfen auf Anfrage möglich. Bitte evtl. Flugzuschläge beachten!

DANZIG



Vom einstigen Glanz Danzigs als einflussreiche Hansestadt zeugen bis heute zahlreiche Prunkbauten, die liebevoll restauriert oder vorbildlich wiederaufgebaut wurden. Die meisten davon befinden sich im Zentrum, der sogenannten Rechtsstadt. Von Ihrem zentral gelegenen Hotel ist es nicht weit bis zur Marienkirche mit dem markanten Glockenturm, den prächtigen Patrizierhäusern längs der Langgasse und dem Artushof.

Gemeinsam mit dem Kur- und Badeort Zoppot und der Ostseestadt Gdingen bildet Danzig den Großraum „Dreistadt“. Wir zeigen Ihnen bei einem geführten Ausflug die wichtigsten Sehenswürdigkeiten. Auch die Teilnahme an einem Orgelkonzert in Oliwa steht auf Ihrem Programm. Die landschaftliche Schönheit Nordpolens erleben Sie bei einer Rundfahrt durch die Kaschubische Schweiz. Dabei haben Sie auch Gelegenheit, regionale Spezialitäten der kaschubischen Küche zu genießen.



Flüge:

Ab/bis vielen deutschen Flughäfen möglich



Hotel:

4-Sterne-Komfort in zentraler Lage von Danzig



Besichtigungen:

Mit fachkundiger deutschsprachiger Reiseleitung



Erlebnisplus:

Orgelkonzert in Oliwa, und kaschubisches Abendessen mit Folklore inklusive (zusätzlicher Ausflug nach Marienburg möglich)



INFORMATION & ANMELDUNG

Reiseziel: **DANZIG**

Termin: **03.10. - 07.10.2017**

Preise: **EUR 745,- p. P. im DZ***

Einzelzimmer-Zuschlag: **EUR 180,-** (* bei Zweierbelegung)

→ **Grundpreis mit Flügen ab/bis:** Dortmund, Köln-Bonn und Frankfurt-Hahn

→ **Zuschläge für Flüge ab/bis:** Düsseldorf, Frankfurt-Main und München Berlin-Tegel, Hamburg, Hannover und Stuttgart: **EUR 80,-** pro Person

Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt pro Person:

EUR 35,-

(Die Versicherung kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



- Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur DANZIG-Reise.
- JA**, ich möchte mit folgenden Personen an der DANZIG-Reise teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail
Name, Vorname (Teilnehmer/in 2 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Sicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen (einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post) des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Datum, Unterschrift

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:



Terramundi GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62-0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62-33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de

Gewünschte Flüge ab/bis**:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: **DZ** = Doppelzimmer • **EZ** = Einzelzimmer • **RV** = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teilnehmer 1 DZ EZ RV
Teilnehmer 2 DZ EZ RV